

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. bei ins Haus
Eingabe Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Abonnement: 1.10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Regulierungs-
Verordnungen. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interfusions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Adressen
eine oder deren Raum 50 Pf., für
zweistellige und gemeinschaftliche Adressen
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
'Kleine Anzeigen', das fertige Blatt
20 Pf. (ausfällig 2 fertige Blätter
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Einschlagung und Schließstellen-
anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Koloniale Greuel.

Wer in der bürgerlichen Presse die schauerlichen Untat...
Las, die von den Angehörigen einer englischen Gesellschaft im
Hinterlande von Peru verübt worden sind, mochte sich
wenigstens damit trösten, daß auch nur ähnliche Bestialitäten
in der Kolonialgeschichte höchst selten und vor
allen Dingen 'bei uns' ganz ausgeschlossen wären.
Nun: die Aufdeckung der nicht minder ungeheuerlichen
Kongogreuel liegt ja noch gar nicht lange hinter
uns, zum mindesten ein Beweis dafür, daß wir es in Peru
keineswegs mit einer Ausnahmeerscheinung zu tun
hätten, daß vielmehr die kapitalistische Ausbeutungsgier
überall dort, wo sie sich einer wehrlosen Bevölkerung gegen-
über und genügend abseits der öffentlichen Kontrolle wehrt,
die gleichen, bis zum Verwechseln gleichen, aller
Beschreibung spottenden Schreckensgeschehnisse erzeugt!

Immerhin sei so viel zugegeben, daß ein System der
Bestialität, wie es im Kongo-Becken und Peru etabliert
worden ist; nicht überall möglich ist, da es nicht überall der-
artig an Beobachtern fehlt. Nichtsdestoweniger aber ist auch
das, was die normale koloniale Ausbeutung und Kriegs-
führung mit sich brachte und mit sich bringt, so ungeheuerlich,
daß es keinen ärgeren Schandfleck in der Menschheitsgeschichte
gibt, als die Kolonialpolitik aller Zeiten und Völker.
Wir wollen dabei nicht bis ins Altertum zurückgehen,
sondern uns lediglich an die Geschichte der kapitalistischen
Kolonialpolitik halten. Da ist es denn bekannt, welche Seg-
nungen die Entdeckung Amerikas den eingeborenen Stämmen
gebracht hat. Dabei wird nicht nur an die Ausrottung
der harmlosen, friedlichen Indianer auf den Antillen
und die schrecklichen Massenmorde unter den bereits hoch-
zivilisierten Eingeborenen Mexikos und Perus denken, sondern
auch an den mörderischen Vernichtungskrieg, der von den
Nachkommen der frommen Puritaner in den Vereinigten
Staaten gegen die ehemaligen Besitzer des Landes geführt
worden ist. Ist es doch bekannt, daß die frommen Anführer
zeitweilig für jede indianische Kopfhaut — einerlei, ob sie
von Männern, Frauen oder Kindern stammte — einen Preis
zahlten, ganz als ob es sich um einen Wolfsskulp
gehandelt hätte! Auch das sei nicht vergessen, daß sich bis
weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in
den Vereinigten Staaten die Regersklaverei erhalten
konnte. Und wenn auch bei dem Jubiläum der Verfasserin
von 'Onkel Toms Hütte' weidlich über die 'altjüngferliche
Sentimentalität' dieser altmodischen Dame gespottet worden
ist — auch Deutschland ist ja längst unter die Kolonialmächte
gegangen und seine Literaten sind seitdem stolz auf
einen Schuß Brutalität — die Tatsache, daß bis ins
7. Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts in einem
aus der Zivilisation stolzen Staaten die Institution der
Sklaverei mit all ihren unermesslichen Unmenslichkeiten
existieren konnte, beweist, welche Vernichtung moralischer
und sozialer Anschauungen die Kolonialpolitik nun einmal
mit sich bringt. Und es würde ein Buch füllen, wollte man
auch nur in großen Zügen die Barbareien schildern, die von
den Engländern und Holländern in Indien und Süd-
afrika verübt worden sind. Zu berücksichtigen ist auch die
rücksichtslose Ausrottung, die sich die englischen Kolonisten
in Australien den Eingeborenen gegenüber zuschulden
kommen ließen, die man gleich Raubzeug niederschob, gleich
dem Wildhund, dem Dingo, austrotzte, ja in besonders
raffiniertester Weise durch die sogenannte 'schwarze Polizei',
ein den Eingeborenen selbst entnommenes mordlustiges Ge-
sindel, niederhengen ließ.

Aber wir haben es ja gar nicht nötig, uns zum Beweis
für die alle moralischen Anschauungen zerrüttenden Wirkungen
der Kolonialpolitik auf das Ausland zu berufen, finden
wir doch innerhalb der deutschen Kolonialen Betätigung
genug der schwerwiegendsten Musterbeispiele. Denn wenn sich
Ethiker und Soziologen darüber entrüstet haben, daß man in
Australien eingeborene 'Polizisten' ohne Ueberwagung von
Weissen auf die australische Urbevölkerung losgelassen hat, um
diese ihres Landes und ihrer Existenz beraubten Horden so
rasch als möglich gleich Ungeziefer zu vertilgen, so sei dem-
gegenüber doch auch daran erinnert, daß auch in deutschen
Kolonien eingeborene Polizeimannschaften schon ohne ihre
weißen Offiziere gegen 'Rebellen' losgelassen worden sind. Kein
anderer als der ehemalige Reichskommissar Nothbach er-
zählt das ja aus Grund seiner eigenen Forschungstreffen aus
Kamerun. Wenn dort bei einer 'Strafexpedition' die Ein-
geborenen in allzu schwieriges Gelände geschickt seien, so
hätten, erzählt er, die Offiziere ihre schwarzen Ramm-
schiffen oftmals allein zur Vollstreckung der Rache aus-
geschickt. Unsere kolonialen Herrenmenschen bringen dem
Schwarzen doch sonst ein solches Maß von Verachtung entgegen,
daß sie ihn nicht als gleichberechtigten Mitmenschen, sondern gleich
einem ehemaligen Sklavenhalter als eine Art Halbtier be-
trachten. Aber zur Ausführung von Strafexpeditionen halten
unser Kolonialpolitiker diese auf ihre Rassenossen künstlich
dressierten schwarzen 'Polizisten' oder 'Soldaten' für durchaus
geeignet!

Und wenn in unseren Kolonien auch nicht Tausenden von
Eingeborenen wegen ungenügender Arbeitsleistung Arme und
Beine abgehauen worden sind so sind dafür infolge des kolonialen

Ausbeutungssystems Zehntausende in der grauhaftesten
Weise dem Tode des Verschmachtens preisgegeben
worden! Bedenken wir doch nur des südwestafrikanischen
Krieges. Nachdem dort durch Schreckenstaten, wie die des
Prinzen Krenberg, der den Billy Kain, einen
schwarzen Schutztruppenunteroffizier und nahen Verwandten
des Samuel Maharero, des Oberhäuptlings der Herero,
in der blutigsten Weise im Delirium hingemordet hatte,
und durch den ungeheuerlichsten Vieh- und Landraub
die Eingeborenen zum Verzweiflungskrieg getrieben worden
waren — heute man ihnen nach ihrer Unterwerfung etwa
goldene Brücken zum Frieden? Im Gegenteil: nachdem die am
Waterberg konzentrierten Herero ihre schwere Niederlage
erlitten hatten und zur Unterwerfung bereit gewesen wären,
hielt der deutsche Generalissimus die Ausrottungs-
strategie für geboten. Nicht genug damit, daß für die 150
Weissen, die beim Aufstand erschlagen worden waren, Tausende
von Eingeborenen gefallen waren, zwang General Trotha
die geschlagenen Herero durch die Drohung, Bewaffnete wie
Unbewaffnete, Männer wie Frauen ohne Pardon nieder-
schießen lassen zu wollen, zu jenem grauhaftesten Mord in
die wasserlose Wüste der Omahefe, wo die Herero zu
Zehntausenden verschmachteten!

Und wie war es bei dem letzten Aufstand in Deutsch-
Ostafrika? Hat da die Schutztruppe, da sie sonst mit den
flüchtenden Eingeborenen nicht fertig werden zu können glaubte,
nicht zu dem Mittel gegriffen, einfach alle Lebensmittel-
vorräte der Aufständischen zu vernichten, obwohl sie sich
über die Folgen dieses Vorgehens nicht im Unklaren sein
konnte? Und was waren die Folgen? Circa 80 000 Ein-
geborene wurden durch dies Vorgehen dem Hungertod
preisgegeben. Viele der gänzlich entkräfteten Eingeborenen
sollen durch Löwen und andere Raubtiere vor dem noch
schlimmeren Ende des langjahren Verschmachtens bewahrt
geblieben sein!

Wie der künftige Kulturhistoriker solche Fälle im Ver-
gleich zu den Kongo- und Peru-Greueln werten wird, bleibt
abzuwarten. Jedenfalls beweisen diese Vorkommnisse aus der
jüngsten Periode der deutschen Kolonialpolitik, die sich doch
wahrlich nicht durch Rücksichtslosigkeit vor der anderer
Nationen auszeichnet, daß die imperialistische Ausbeutungs-
politik für die angetasteten Rassen in der Regel eine Quelle
unsägliches Leidens ist. Deshalb ist irgendwelche Heuchelei
angeichts der peruanischen Enthüllungen absolut deplaziert,
wenn auch ein internationales Eingreifen in
diesem Falle Ehrenpflicht aller Staaten ist, die sich
Kulturstaaten nennen!

Die Hungerstadt.

London, 20. Juli 1912. (Fig. Ver.)

Unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung hat Städte ge-
schaffen, bei deren Anblick einen ein kalter Schauer erfährt, deren
Atmosphäre einen zu ersticken droht, die bei dem Besucher den Ein-
druck hervorrufen, als wändere er in eine lange trostlose Gefangen-
schaft, aus der es kein Entrinnen gibt. Eine solche Stadt ist die
Hungerstadt des Londoner Hafengebietes, das sich von der City aus
die beiden Ufer der Themse entlang zieht. Ueberwältigend ist der
Eindruck, den der Besucher empfängt, der von den lachenden Ufern
der westlichen Themse, aus der glänzenden, prunkenden Geschäfts-
welt des Westens kommend, plötzlich auf diese Stadt der hungernden
Arbeit stößt. Kein Baumweiser hat sie errichtet, diese kilometer-
langen Reihen niedriger Kaninchensäle, die in ihrem häßlichen
schmutzigen Gewande auch nicht die Spur eines Versuches ver-
raten, die Menschen, die sie bewohnen müssen, durch elliache be-
schreibende gefällige Linien einigermaßen mit ihrer Umgebung zu
verschöneren. Die blinde Profitgier schuf sie nach demselben Prinzip,
nach dem sie die Hühnerzucht oder die Schweinezucht im großen
anlegt. Arbeit, Schlafen und Kindergebären, das sind die Haupt-
beschäftigungen der Einwohner. Das Essen scheint nur eine Neben-
sache zu sein. Denn wenn man bedenkt, daß 80 Prozent der Lon-
doner Hafenbevölkerung weniger als 20 Schilling die Woche ver-
dienen, wovon der Hauswirt in erster Linie einen großen Quappen
abekommt, so darf man wohl bezweifeln, ob Essen und Trinken
hier wirklich eine große Rolle spielen. Aber die 80 Prozent ge-
hören noch zu den Glücklichen der Hungerstadt. Es gibt Tausende
unter ihnen, die froh sind, wenn sie in der Woche einen oder zwei
Tage Arbeit finden. Wie leben diese Menschen? Sie leben wie
die zwerghaften schwindelartigen Pflanzen, die in den Blumen-
töpfen in ihren Fenstern verzweifelt nach Luft und Sonnenschein
ringen.

Aber letzten Sommer ermunnte sich die geknechtete und ge-
trelene Bevölkerung des Ostens. Der Sturm der proletarischen
Begeisterung, der durchs Land zog, ergriff auch sie und nach kurzem
Klagen gelang es ihr, dem Kapitalismus einige Zugeständnisse ab-
zutrotzen, die ihr Leben etwas erträglicher machte. Sie lernte den
Wert der Organisation kennen. Ueberaus leicht und schnell
hatte der Verband und neue Hoffnung leuchtete in ihren
Augen auf. Der Verband der Transportarbeiter ward ihr ein
neuer Sanft Georg, der sie gegen die Wut des Drachens Kapitalis-
mus verteidigte. Aber dieser neue Geist der Zuversicht und des
Selbstvertrauens pflanzte den Scharfmachern, die ihre Willkürherr-
schaft eingeschränkt sahen, durchaus nicht in den Arm. Der
Transportarbeiterverband mußte vernichtet werden, den Arbeitern
mußte eine Lektion erteilt werden. Gegen die einzelnen kleinen
Gewerkschaften hatten sie nichts einzuwenden, aber der Transport-

arbeiterverband — also der Verband, der die Kräfte der einzelnen
Organisationen koordiniert und wirksam macht — so erklärten sie,
ist eine Tyrannei, die wir uns nicht gefallen lassen können. Es
hieß alles Leugnen nichts: die Arbeitgeber des Londoner Hafens
haben die Arbeiter methodisch in den Kampf getrieben, um ihre
Organisation zu vernichten. Sie haben Verträge gebrochen, was
von dem Regierungskommissar Sir Edward Clarke, ein kon-
servativer Politiker, einwandfrei festgestellt worden ist, sie haben
die Arbeiter um große Summen ihres Lohnes betrogen und sie in
manch anderer Weise schikaniert, bis die Arbeiterschaft schließlich
den Krieg erklären mußte, wenn sie nicht Befehl laufen wollte,
später ohne Schwertstreich gänzlich zu unterliegen.

Nicht Wochen dauert nun der Kampf schon. 70 000 Streikende,
400 000 Männer, Frauen und Kinder halten im heroischen Kampfe
aus. Unbedingte Unterwerfung lautet die Forderung der Scharf-
macher. Aber obwohl die Kassen der Gewerkschaften längst ge-
leert sind, obwohl Männer, Frauen und Kinder auf der Straße
vor Hunger umfallen, zeigen sich die Arbeiter nicht im geringsten
geneigt, die schimpflichen Bedingungen Lord Debonports anzu-
nehmen. Die Kapitalistenblätter behaupten, es seien die Führer,
denen an Einfluß und Stellung gelegen, die die Fortsetzung des
Kampfes wünschten. Das ist eine kalt erwogene Lüge, eine Wieder-
holung derselben Lüge, die man während des Bergarbeiterstreiks
hörte und die durch die letzte Abstimmung der Bergarbeiter so
gründlich widerlegt wurde. 'Wir kämpfen um das Prinzip', das
sind die Worte, die man allgemein aus dem Munde der Hafen-
arbeiter hört. Und in diesen Worten spiegelt sich die Entschlossen-
heit wider, nicht in die alte Hörigkeit zurückzufahren und fest an
dem ererbten Mitbestimmungsrecht ihrer Organisation zu halten.

Nicht träge flieht der Strom der Gaben der Wohltätigkeit. An
Aufforderungen fehlt es wahrlich nicht. Letzte Woche veröffentlichte
der 'Punch' eine ergreifende Einladung in Form einer Zeich-
nung. Sie zeigt Punchinello, der die Frau Charith zu den darben-
den Frauen und Kindern der Streikenden führt. 'Komm, liebe
Frau Charith,' sagt Punchinello, 'wir beiden fragen nicht danach,
wen die Schuld an dem Streit trifft.' Aber das honeste Bürger-
tum scheint anders zu denken. Ihm liegt noch der Schreck der
letzten Massenlämpfe in den Knochen. Mehr als einmal hat man
die Bemerkung gehört: 'Was? Die Frauen und Kinder der
Dokters füttern? — Das würde den Widerstand der Arbeiter nur
verlängern.' Gewiß gibt es gute Seelen, die Spenden geben und
sich in den Hilfsstationen aufopfern. Viele der freiwilligen Orga-
nisationen, die Nahrungsmittel verteilen, sind jedoch schon am
Ende ihres Könnens angelangt; das Geld reicht nicht für die
vielen Kinder. Am besten sind noch die schulpflichtigen Kinder
daran. Sie werden auf Kosten der Gemeinde ernährt — Brot und
Butter oder Marmelade und eine Tasse Kaffee. Viele Kleinen
bringen es fertig, einen Teil der Nahrung für die Mütter oder die
kleineren Geschwister zu Hause aufzubewahren. Manchmal schlug
gela zwei größere Kinder auch einen kleinen Hühner, der kein
Willeit hat, mit durch. Aber woher die Milch für das Baby nehmen?
Und was soll die Mutter essen? Alle verfügbaren Hochseligkeiten
der Familie sind schon längst ins Pfandhaus gewandert. Und dann,
heute ist Samstag und morgen ist Sonntag; an beiden Tagen ist
keine Schule und da gibt es auch nichts zu essen.

Hilfe muß kommen, sofortige Hilfe. Die Streikleitung hat
sich telegraphisch an den amerikanischen Bund der Arbeit und an
den internationalen Transportarbeiterverband gewandt. Die
deutsche Gewerkschaftskommission hat schon 15 000 M. geschickt, die
österreichische 20 000 Kronen, deren Empfang als ein Zeichen der
Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt doppelt willkommen
war. Möge diese gute Tat anspornend wirken, damit das Prole-
tariat der Welt beweisen kann, daß es der unwillig spendenden
Gaben der Bourgeoisie nicht bedarf.

Der Krieg.

Die türkischen Wirren.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel:
Die Angaben über die Zahl der geflüchteten Offiziere und
Mannschaften sind sehr unsicher. Während die Regierung die Be-
wegung als ganz geringfügig hinzustellen sucht, schwirren Gerüchte
herum, die jeden Tag neue Kompagnien in die Berge ziehen lassen.
Was mit aller Sicherheit feststeht, ist, daß die geflüchteten Offiziere
zu den besten Elementen der Armee gehören. 'Das sind ja unsere
eigenen Leute' — sagte mir ein Mann, der dem Komitee sehr nahe
steht. Es sind Männer darunter, die sich während der Freiheits-
kämpfe hervorgetan hatten und die selbst noch während der Be-
wegung des Obersten Sabit Bey auf Seiten des Komitees waren.

Die Forderungen, die die geflüchteten Offiziere aufgestellt
hatten, fanden allgemeine Zustimmung. Das gilt besonders für
die Forderung des Kabinettwechsels und der Neuwahlen. Allein,
was gegen die Revolte angeführt wird, das ist der Krieg. So-
lange das Land sich im Kriege befindet — heißt es — sollte man
keinen Aufstand unternehmen, vor allem keinen militärischen Auf-
stand.

In den Reihen der Komiteeorganisationen selbst hat sich vor
einer Zeit eine oppositionelle Linke gebildet, die mit aller Energie
vorgehen gedenkt und auch vor einer Spaltung nicht zurückschreckt,
diese vielmehr für unvermeidlich hält. 'Die Offiziere haben zu
früh losgeschlagen' — sagte man mir aus den Reihen dieser demo-
kratischen Linken. 'Während des Krieges dürfte man keine
Revolte unternehmen. Deshalb muß diese Bewegung unterdrückt
werden. Ohne den Krieg dürften sie auf allgemeine Zustimmung
rechnen, und wir wären die ersten, sie zu unterstützen.'

Auch die Albanerbewegung führt jetzt in ihrer Mitte
fortschrittliche Elemente und begegnet ganz anderen Sympathien,

als im vorigen Jahr. Dadurch, daß sie Forderungen allgemeiner Natur, wie die parlamentarischen Neuwahlen, erhoben hat, ist sie erst recht gefährlich geworden. Trotzdem die Regierung — nach bekannten Mustern — erklärt, das Ganze sei nur Nachwerk gewissermaßen Agitatoren, gewinnt man doch immer mehr den Eindruck, daß der Zustand von der Bevölkerung moralisch unterstützt wird.

Beides, sowohl die Offiziersrevolte wie der Albaneraufstand, wären sicher zu vermeiden gewesen, hätte die Regierung nicht mit Gewalt die parlamentarische Opposition unterdrückt. Da das Kabinett, als es seine Majorität verloren hatte, statt zurückzutreten, vorgezogen hatte, dem Parlament das Rückgrat zu brechen, so hat es dadurch die Kabinettsfrage in eine politische Krise verwandelt.

Die Demission des Kriegsministers Mahmud Scheffet war weniger ein Zugeständnis an die revoltierenden Offiziere, als an jene, die nicht revoltiert haben. Zwischen beiden besteht ja kein Gegensatz, vielmehr ein moralischer Zusammenhang. Um nun die gemäßigten Opposition unter den Offizieren zu versöhnen und so ihren Uebertritt zu den radikalen Elementen zu verhindern, deshalb ließ man Mahmud Scheffet gehen.

Dieser Mann ist nicht etwa gestürzt, er ist einfach hinweggeräumt worden, wie man einen verbrauchten Gegenstand wegräumt. Sein Abgang zeigte erst recht seine Bedeutungslosigkeit. Er ist spurlos verschwunden, wie eine geplatze Seifenblase. Darum hat diese Demission politisch nichts geändert. Und weil politisch nichts geändert wurde, darum gab es Schwierigkeiten bei der Neuweisung des Postens des Kriegsministers. Die wichtigste Persönlichkeit, die in Betracht kam, war Nazim Pascha. Er ist bekannt als ein Mann von großer Energie. Das Kabinett wollte eine „eiserne Faust“ haben. Aber Nazim Pascha hatte kein Vertrauen mehr zu der Macht des Komitees und stellte Bedingungen, die auf eine Veseitigung der Herrschaft des Komitees hinausliefen. So scheint man denn schließlich sich einen Mann auszuwählen zu haben, der bis jetzt weder militärisch noch politisch als Größe sich hervorgetan hat, aber als treuer Anhänger des Komitees gilt. Das ist Mahmud Muktar Pascha.

Unter diesen Verhältnissen trat das Kabinett an das Parlament heran, und der Großwesir Said Pascha hielt seine große Rede. Aber dieses Parlament ist ja in dem gegebenen Augenblick auf Leben und Tod mit dem Kabinett verbunden. Stürzt das Kabinett, dem Druck von außen folgend, so müssen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Kein Wunder deshalb, daß das Parlament ohne Debatte, fast einstimmig, der Regierung das Vertrauen votierte. Eine politische Bedeutung hat dieses Votum nicht.

In der Rede des Großwesirs wie des Ministers des Aeußern ist nur die wiederholte, nachdrückliche Betonung der guten Beziehungen zu England bemerkenswert. Auf diesen Ton ist hier jetzt alles gestimmt. England ist zum einzigen und letzten Hoffnungsort geworden, von ihm allein erwartet man die Rettung des Reichs.

Eine Tage vor dem Vertrauensvotum hat das Parlament ebenso einstimmig die neuen Steuern votiert. Sie heißen provisorisch, bedingt durch den Kriegsbedarf, und sollen nur höchstens drei Jahre in Kraft bleiben. So werden besonders die Salzsteuer, die den Salzpreis um 50 Proz. steigert, das Stend der Massen steigern und infolgedessen auch die politische Gärung. Da zugleich der Plan besteht, diese neuen Steuern zu verpfänden, um eine Anleihe zu erlangen, so wird damit auch noch die Schuldnechenschaft der Türkei gesteigert werden.

Der Aufruhr in Albanien wächst.

Konstantinopel, 22. Juli. „Yeni Gazetia“ erzählt, nach einer Depesche des Balis von Janina breite sich die Aufstandsbewegung auf Südalbanien aus. Der Aufruhr sei auf Unordnung im Justizwesen und sonstige Beschwerden gegen das zurückgetretene Kabinett zurückzuführen. — Die albanischen Deputierten Sureja und Schahin haben auf das Telegramm eines Notabeln, in dem die Einstellung der blutigen Kämpfe verlangt wird, geantwortet, daß eine Untersuchungskommission entsandt werde. Die Truppen würden, solange sie nicht angegriffen werden, nicht vorgehen. Das neue Kabinett werde sein Möglichstes für die Wiederherstellung der Ordnung tun.

Saloniki, 22. Juli. Obwohl die Proklamation des Sultans, in welcher die Neubildung eines aus unabhängigen erprobten Männern zusammengesetzten Kabinetts versprochen wurde, in allen Städten Albaniens bekannt gemacht worden ist, hat sich bisher in keiner Weise die Lage geändert. Von allen Seiten, namentlich aus Pristina, werden bedenkliche Ansammlungen gemeldet. Die Straßen sind von Arnauten besetzt und die Märkte geschlossen. Die Arnautenführer bestehen auf ihrer Forderung nach Auflösung der Kammer. Es verlautet, daß, falls dieser Forderung nicht entsprochen werde, am Jahresstage der Verfassung ernste Ereignisse zu erwarten seien. In Tilbeisch ist eine Bombe explodiert, wodurch mehrere Häuser, darunter das Rathaus, beschädigt worden sind.

Konstantinopel, 22. Juli. (Meldung des Wiener A. S. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge herrschen in Nordalbanien anarchoische Zustände. Im ganzen Sandtschal Prizren sowie in den Kaza Djakowa fraternisieren die Truppen mit den Aufständischen. Einem Gerücht zufolge demissionierte der Waiseschef von Ipek. An der Grenze der Wilsajets Kossowo und Skutari wurden drei Bataillone durch die aufständischen Stämme Grash und Garnici unter Führung von Jakob Veronid umzingelt. Die Truppen mühten sich mit 400 Mäusergewehren, drei Kanonen und vier Maschinengewehren ergeben. Ein Major wurde von den Aufständischen aufgehängt.

Die Militärrevolte.

Konstantinopel, 22. Juli. Die Deserteure von Konastir unter dem Hauptmann Tahar Bey sollen sich nordwestlich von Prizren befinden. Ihre Zahl soll durch den Zugang von Räuberbanden und oppositionelle Albaner auf 350 gestiegen sein. Mit ihrer Verfolgung wurde Oberst Kiazim vom 2. Armeekorps betraut, der bereits in Coriza eingetroffen ist.

Konstantinopel, 22. Juli. Die Offiziere der Militärliga beginnen bereits, auch die Presse zu beeinflussen. Gestern früh erschienen acht Offiziere unter Führung des Obersten Wani Bey in den Redaktionen der türkischen Blätter und verlangten, daß die von der Regierung mitgeteilten Informationen über die Verlesung der Proklamation an die Armee, wonach die Offiziere die Handlungsweise der in der Proklamation erwähnten zwei Offiziere tabellen, nicht veröffentlicht würden. Alle Redaktionen bis auf die des „Tanin“ kamen dieser Aufforderung nach. Die Offiziere erklärten auf den Redaktionen, daß sie, unbelümmert um das Kriegsgericht, alles frei schreiben könnten.

Das neue Ministerium.

Konstantinopel, 22. Juli. Heute wird hier die Liste des neuen türkischen Kabinetts veröffentlicht werden. Danach wird Nazim Pascha Kriegsminister, Kiamil Pascha Minister des Aeußern, Ferid Pascha Minister des Innern.

Eine italienische Note über den Dardanellenkampf.

Rom, 21. Juli. In einer Note, die die türkischen Meldungen über die Operation in den Dardanellen wiedergibt,

erklärt die „Agenzia Stefani“, daß diese Meldungen vollkommen falsch seien. Erstens hätten die Italiener keinen Verlust an Torpedobooten gehabt. Ferner hätten die Torpedobooten nicht bei der ersten Sperrelinie Halt gemacht, sondern seien noch über die zweite bis Tschanak vorgezogen, während die längs den Ufern der Meerenge aufgestellten schnellen Torpedobootszerstörer die Türken unbeweglich gelassen seien. Endlich sei es falsch, daß die Schiffe des italienischen Geschwaders die Torpedobooten unterstüzt oder an der Operation teilgenommen hätten. Unrichtig sei auch die Nachricht, daß ein italienisches Geschwader gegenwärtig zwischen Mytilene, Imbros und Tenedos kreuze. Eine weitere Note der „Agenzia Stefani“ stellt fest, daß der Widerspruch zwischen den einzelnen Meldungen der Dardanellenforts über Anzahl und Verluste der Torpedobooten ihre beste Widerlegung sei.

Teilweise Minensperre in den Dardanellen.

Konstantinopel, 22. Juli. Es bestätigt sich, daß die Sperte durch neue Auslegung von Minen die Fahrtrinne der Dardanellen um die Hälfte verkleinert hat. Trotzdem können die Handelsschiffe nach wie vor ohne jede Gefahr verkehren.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 21. Juli. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Mesurata vom 20. Juli: Die Meldungen des letzten Tage bestätigten, daß feindliche Gruppen aus der Gegend von Oheran sieben Kilometer westlich von Mesurata bis in die Gasse von Mesurata vorgezogen waren, Vieh weggetrieben und Gewalttaten jeder Art gegen die Einwohner verübt hatten. Das italienische Kommando beschloß daraufhin eine energische Aktion, die heute früh unter dem Befehl des Generals Jara ausgeführt wurde. Die Truppen verließen Mesurata um 4 Uhr früh. Nach halbtündigem Marsche auf der Straße von Sitten stießen die Truppen auf die ersten feindlichen Gruppen. Weitere Gruppen zeigten sich bald darauf in einer gedeckten Zone nördlich der Straße. Der Feind wurde aus der Gasse hinausgeworfen und flüchtete Hals über Kopf nach Oheran, wobei er zahlreiche Tote zurückließ. Zwischen der Gasse von Mesurata und der Gasse von Oheran befindet sich eine öde, fast drei Kilometer breite Zone. Die italienischen Truppen durchzogen trotz der Hitze den Weg und griffen den fast 1500 Mann starken Feind in seiner Hauptstellung an, wobei sie ihm sehr nahe kamen. Nach vierstündigem erbitterten Kampfe wurde der Feind mit starken Verlusten geschlagen und genötigt, seine Stellungen zu verlassen. Die italienischen Truppen kehrten in vollkommener Ordnung nach Mesurata zurück. Eine Kavallerieschwadron lehrte nach einem Erkundungsgang an dem äußeren Rande der südlichen Gasse nach Kap Jarug zurück. Die feindlichen Verluste waren sehr groß, die Italiener hatten 19 Tote, darunter neun Askaris, und 87 Verwundete, darunter 12 Askaris.

Die „Agenzia Stefani“ meldet unter dem 21. Juli: General Vricola telegraphiert aus Bengasi von gestern: Zwei Feldbatterien und eine Batterie des 149. Regiments verließen die Verschanzungen und bombardierten ein feindliches Lager von 50 Zelten, das seit einigen Tagen 15 Kilometer von der Stadt entstanen war. Das Lager wurde überrascht und schwer beschädigt. Die italienischen Geschütze trafen zahlreiche Gruppen von Beduinen, die sich zerstreuten und ins Gebirge flüchteten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli 1912.

Der Segen des Schnapsboylotts.

Die Kulturlat der Leipziger sozialdemokratischen Parteitagess trägt Monat um Monat ihre Früchte. Daran hat, und dies verdient besonders betont zu werden, auch die fluge offizielle Abschaffung der Schnapsliebeshgaben nichts geändert! Mit dem Juni 1912 sind 31 Monate Schnapsboylott verfloßen, der monatliche Rückgang im Schnapsverbrauch hat sich jetzt für ganz Deutschland auf rund 140000 Hektoliter stabilisiert!

Notwendig ist bei allen Vergleichen mit früheren Jahren und ihrer Alkoholproduktion, den Rückgang nicht zum statistischen Branntweinjahre 1908/09 in Berechnung zu stellen. Damals war wegen des baldigen Inkrafttretens der neuen Steuer die Vorproduktion und Vorverforgung so stark, daß abnorme Jahresziffern in der Produktions- und Verbrauchsstatistik entstanden. Die beste Prüfung des wirklichen Rückganges im Branntweinverbrauche ergibt ein Vergleich der jüngsten Jahre mit 1907/08. Das Jahr 1907/08 kann als normales Branntweinproduktionsjahr angesprochen werden, 1909/10 und 1910/11 in Vergleich mit diesem Jahre gesetzt, zeigen uns deutlich den normalen Rückgang. Wenn auch dabei noch beachtet werden muß, daß 1909/10 der tatsächliche Schnapskleinverkauf größer gewesen ist — wegen der Vorverforgung von 1908/09 her —, als die statistische Ziffer an der Hand der Abgänge aus dem Steuerverfahle in den öffentlichen Verkehre ausgewiesen hat. In der nachfolgenden Zusammenstellung haben wir natürlich die Zahlen für Branntweinproduktion und -verbrauch, die nur neun Monate des Jahres 1911/12 umfassen, das erst mit dem letzten September abläuft, auch nur den gleichen Ziffern des Jahres 1908/09 gegenübergestellt.

Sehen wir uns vorerst einmal die Entwicklung der Alkoholproduktion und des Trinkbranntweinverbrauches von 1907/08 bis 1911/12 (neun Monate) etwas genauer an:

	1911/12	1910/11	1909/10	1908/09	1907/08
Spiritusherzeugung					
in 1000 hl:	3178,4	3467,0	3665,9	4130,7	3981,9
Trinkbranntweinverbr.					
in 1000 hl:	1510,9	1949,0	1783,0	2650,8	2389,8

Der Rückgang sowohl in der Produktion als im besonderen auch im Schnapsverbrauch ist durchaus gleichmäßig. Das Jahr 1908/09 zeigt die rasch nach oben gesprungene Ziffer der Vorproduktion und der Vorverforgung, 1909/10 und die jüngeren Ziffern führen langsam, aber sicher nach unten! An der Jahresproduktion von 1907/08 gemessen, ist für die Zeit vom 1. Oktober 1909 — im September tagte in Leipzig der Parteitag — bis Ende Juni 1912 ein gesamtter Produktionsrückgang von 1306400 Hektolitern Alkohol festzustellen!

Der Abfah an Trinkbranntwein fiel in derselben Zeit um insgesamt 1410900 Hektoliter. Aus dem Hektoliter reinem Trinkbranntwein werden im Durchschnitt drei Hektoliter Schnaps gemacht. Der eigentliche Trinkschnapsverbrauch ist also in den 31 Monaten — immer mit 1907/08 verglichen — um 4,23 Millionen Hektoliter zurückgegangen, das sind pro Monat rund 136000 Hektoliter, pro Tag für ganz Deutschland 43000 Liter Schnaps!

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands hat also auch hier bewiesen, daß sie will, auch in die letzten Positionen der preussischen Junker, ihr Fufelrod vorzudringen vermag. Die Macht der Arbeiterbewegung liegt

darin, daß jeder einzelne seine Pflicht tut. Darum muß jetzt noch mehr und immer mehr die Parole lauten:

Arbeiter, meide den Schnaps!

Die Pharisäer von Köln.

Die „Köln. Volksztg.“, die sich nie wohler fühlt, als wenn sie sich mit der schmutzigen Wäsche anderer Parteien beschäftigen kann, fühlt sich zur Abwechslung berufen, wieder einmal die ehrsame journalistische Sittenwächterin zu spielen und über „verwerfliche Prekypolemiken“ zu zeteren. Besonders viel hat sie natürlich an dem Ton der „Hyperkatholischen“ Presse auszusetzen.

In den letzten Jahren haben in einem Teile jener Presse, die einen „unbedingten“, „integralen“, ja „päpstlichen“ Katholizismus zu vertreten beansprucht, die gefährlichen Insinuationen und Verdächtigungen in einem Maße zugenommen, daß allmählich ein wahrer Skandal daraus geworden ist, der zum Himmel schreit. In den letzten Wochen ist das besonders hervorgetreten. Seitdem der Apostolische Nuntius den Wunsch des Heiligen Vaters kundgab, daß man die Polemik in der Gewerkschaftsfrage ruhen lassen möge, ist dies von der großen Mehrheit der katholischen Presse Deutschlands unter Hinweis auf die von dem deutschen Episkopat beim Heiligen Stuhl getanen Schritte geschehen. Wie jeder Zeitungsleser weiß, hat insbesondere die „Kölnische Volkszeitung“ und haben mit ihr fast alle größeren katholischen Blätter seitdem nicht bloß in der Gewerkschaftsfrage, sondern auch in den anderen von unseren „Hyperkatholiken“ aufgeworfenen Streitfragen eine so weit gehende Zurückhaltung beobachtet, daß die gegnerische Presse uns und unseren Gesinnungsgenossen Kleinmut, Angstmeierei oder doch wenigstens Verlegenheit vorzuwerfen nicht müde wurde. In einem Teile der Quertreiberorgane hat aber neuerdings erst recht die wüßteste Hege begonnen, eine Hege von so widerwärtigem Charakter, daß man eine ähnliche Erscheinung in der Vergangenheit vergeblich suchen wird.

Die „Köln. Volksztg.“ in der Rolle der moralisierenden Anstands-dame nimmt sich höchst komisch aus. Die Rolle der leisenden Alten oder der verschämten Kolotte liegen ihr weit besser, denn dazu bedarf es bei ihr nicht jenes Aufgebots von Verstellung.

Maßregelung eines Anstaltsarztes wegen sozialdemokratischer Agitation.

Ueber eine Auffehen erregende Maßregelung eines in einem Breslauer Krankenhaus beschäftigten Arztes wegen angeblich sozialdemokratischer Agitation unter seinen Kollegen berichtet unser Breslauer Parteiblatt, die „Volkswacht“. Der Vorgang liegt schon ungefähr ein halbes Jahr zurück. Er fällt in die Zeit der erregten Wahlagitation für die Reichstagswahl 1912. Einige Wochen vor der Wahl erhielt der bei der Landesversicherungsanstalt Schlesien beschäftigte Medizinalpraktikant Martin Hagelberg folgendes Schreiben:

Breslau, den 21. Dezember 1911.

Nachdem festgestellt worden ist, daß Sie im Verkehre mit den Assistenten sich zur sozialdemokratischen Partei bekant haben, werden Sie mit dem heutigen Tage aus Ihrer Beschäftigung als Medizinalpraktikant am Krankenhaus entlassen.

Jchr. v. Richthofen.

Herrn Med.-Prakt. Martin Hagelberg, Hier.

Außerdem händigte man ihm folgendes Zeugnis ein:

Dem Kandidaten der Medizin, Herrn Martin Hagelberg aus Meiningen, wird hiermit bescheinigt, daß er nach vollständig bestandener ärztlicher Prüfung vom 1. November 1911 bis zum 21. Dezember 1911 an dem unterzeichneten Krankenhause unter meiner Aufsicht und Anleitung als Praktikant beschäftigt gewesen ist.

Er tat auch in der inneren Station Dienst und widmete sich seiner Aufgabe mit Eifer und stilllichem Interesse. Auf Verfügung des Herrn Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Schlesien mußte er ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen werden.

Breslau, 21. Dezember 1911.

Krankenhaus der Landesversicherungs-Anstalt Schlesien.

Ärztlicher Leiter:

Sanitätsrat Dr. E. Lega l.

Herr Hagelberg klagte darauf gegen den Vorstand der Versicherungsanstalt auf Aufstellung eines anderen Zeugnisses, Gehalt und Kostentensfähigkeit für die Dauer seines Vertrages. Vor dem Igl. Amtsgericht Breslau, das sich mit der Klage zu beschäftigen hatte, machte die beklagte Landesversicherungsanstalt folgende Gründe geltend:

1. Herr Hagelberg soll im Dezember 1911 gegenüber dem Assistentenarzt der Anstalt, Herrn Dr. Stewozhynski die Ansicht verteidigt haben, daß im Kriegsfall die Mobilmachung durch Generallist verhindert werden müsse. Gegenüber dem Einwande des Dr. S., daß dies Hochverrat sei, soll Hagelberg bei seiner Ansicht geblieben sein.

2. Herr Hagelberg soll erklärt haben, bei der Reichstagswahl würde er gern als Schlepper für die rote Partei wirken.

3. Herr Hagelberg habe sich absällig darüber geäußert, daß das Lesen der „Volkswacht“ (das sozialdemokratische Organ Breslaus) den Pflöglingen des Krankenhauses der Invalidenversicherungs-Anstalt verboten ist.

4. Herr Hagelberg habe behauptet, daß ein im Dezember aus Anlaß der Reichstagswahl herausgegebenes sozialdemokratisches Flugblatt auf den Stationen an die Kranken verteilt werden müsse.

5. Herr Hagelberg habe sogar erzählt, daß er eine sozialdemokratische Versammlung besucht, den sozialdemokratischen Abgeordneten Bernstein kennen gelernt und von ihm an einen anderen sozialdemokratischen Abgeordneten empfohlen worden sei.

Alle diese Behauptungen soll Herr Hagelberg Herrn Dr. Stewozhynski gegenüber getan haben. Dieser teilte sie dem stellvertretenden Chefarzt, Dr. med. Hahn, mit, der alsbald dem Dr. Lega l. davon Kenntnis gab. Als dieser die Vorfälle dem Vorstande mitteilte, wurde Hagelberg sofort entlassen.

Herr Hagelberg bestritt vor Gericht entschieden, Sozialdemokrat zu sein; er habe diese Partei nur gegen allzu ungerechtfertigte Angriffe in Schutz genommen, und anfänglich einer Versammlung der Abgeordneten Bernstein gesprochen, der ihm aus seiner Jenaer Studentenzeit bekannt war. Demgegenüber behauptet die Landesversicherungsanstalt, daß Hagelberg durch seine Behauptungen nicht nur den anderen Ärzten das Zusammenarbeiten und gemeinsame Essen mit ihm unmöglich gemacht habe, sondern daß auch die Gefahr bestand, er würde unter den Pflöglingen (Frauen) sozialdemokratische Propaganda treiben.

Das Igl. Amtsgericht Breslau hat auf die Klage des Arztes am 13. April folgendes entschieden:

„Die vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt aufgestellten Behauptungen enthalten keine ausreichenden Grund zur sofortigen Entlassung. Wenn es auch richtig wäre, daß der Kläger im Privatgespräche mit einem anderen Arzte, der nicht zu seinen Vorgesetzten gehörte, die behaupteten Behauptungen getan hätte, so kann der daraus gezogenen Folgerung, daß er dadurch das weitere gedeihliche Zusammenarbeiten mit den anderen Ärzten des Krankenhauses unmöglich gemacht habe, nicht zugestimmt werden.“

Der Umstand, daß jemand in soziallicher Weise, ohne die Grenzen des Anstandes oder die gesellschaftlichen Formen zu verletzen, abweichende politische Ansichten äußert, bildet keinen notwendigen Grund, den persönlichen Verkehre mit ihm abzubrechen.

Für die Annahme, daß der Beklagte seine Ansichten in irgend einer den Zwecken des Krankenhauses zuwiderlaufenden Weise betätigen, insbesondere unter den Pflegenden sozialdemokratische Propaganda treiben würde, lag ein tatsächlicher Anhalt nicht vor. Auch der Umstand, daß eine öffentliche Behörde einen sozialdemokratischen Beamten nicht dulden kann, ist als wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung nicht anzusehen. Die Stellung des Klägers, der nur zu dem Zwecke seiner vorgeschriebenen Ausbildung gegen monatliche Rindigung bei der Landesversicherungsanstalt angestellt war, kann nicht verglichen werden mit der eines dauernd angestellten königlichen Beamten, von dem allerdings königstreue Gefinnung verlangt werden kann. Der Vorstand der Versicherungsanstalt hätte seine Interessen ausreichend gewahrt, wenn er den Kläger unter Einhaltung der vereinbarten Rindigungsfrist entlassen hätte.

Gegen dieses Urteil hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berufung eingelegt, deren Entscheidung noch aussteht.

Revolutionsparade.

Die unter ihrer neuen politischen Leitung auf das Niveau eines antisemitischen Rabanblättchens herabgekommene „Kreuz-Ztg.“ darf bei einer Hege gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft niemals fehlen. So sieht sich das Junterblatt auch veranlaßt, in die Klage darüber einzustimmen, daß der Demonstrationszug der Breslauer Arbeiterschaft so vollkommen unblutig verlief. Schließlich führt das Blatt aus:

Solche sozialdemokratischen Demonstrationen indessen, die der Propaganda gewidmet sind, pflegen fast immer ruhigen Verlauf zu nehmen. Dessenungeachtet sind sie als Massenparade der proletarischen Revolutionsarmee jedenfalls nicht geeignet, die öffentliche Ordnung zu fördern. Sie sollten aber der nationalen Bevölkerung als Anschauungsunterricht dienen. Denn die Massen, die diesmal sich friedlich auf den Straßen bewegten, sind zum Klassenkampf organisiert. Und wenn die sozialdemokratische Parteileitung sie einmal zum „Entscheidungskampfe“ unter die roten Fahnen einberufen sollte, dann würden sie der Bürgerschaft zeigen, daß sie „auch anders“ können. Aber die Möglichkeit, „friedliche“ Straßendemonstrationen unter der Obhut sozialdemokratischer Polizisten (Ordner genannt) vorzunehmen, verdanken die Sozialdemokraten — wie so manche für sie erstrebliche Errungenschaft — der Wältschen Wodopolitz, der manche Liberale noch immer bittere Tränen nachweinen.

Man wird bei einem Organ des verbohresten Juntertums natürlich keinen Sinn für Recht und Gerechtigkeit allen Staatsbürgern gegenüber voraussetzen dürfen. Wenn die Breslauer Behörden eine Handhabe gehabt hätten, den Festzug zu unterdrücken, dann würden sie es wahrscheinlich getan haben. Was aber allen anderen Vereinen gegenüber recht ist, das muß auch den Gewerkschaften gegenüber billig sein. Noch ist das langersehnte Ausnahmengesetz nicht da!

Oppersdorff kontra Erzberger.

In der neuesten Nummer des Organs des Grafen Oppersdorff, „Wahrheit und Klarheit“, wird der Zentrumsabgeordnete Erzberger förmlich gestäubt. „Julius“, dessen Pseudonym Erzberger gelüftet hat, attestiert ihm, daß er gelogen und verleumdet habe. Schließlich wiederholt „Julius“ die Fragen, die er bereits vor 14 Tagen stellte:

Was mühte der brave erst sagen, wenn ich von ihm das Urteil über einen Abgeordneten erbäte, der im Herbst 1911, als der Hüchsten einer, über die Engländer schimpft, nachher, als er englische Aktionäre für ein Unternehmen haben möchte und sein Name als Hintergrund genannt wird, erklären läßt, daß er der größte Engländerfreund sei und, nachdem das Geschäft sich trotz dem zerklüftet, wieder schimpft (post hoc, non propter hoc)? Was von einem, der Mitglieder, angesehene Mitglieder der Fraktion, in der er sitzt, als „charakterlos“ (und sehr viel schärfer noch), Herrn Julius Boehm als „falsch und doppelzüngig“, Herrn Eisele als „persönlicher Nachsucht“ zugänglichen Mann, Herrn Professor Spahn als „Lügner“ hinstellt und sich auch über Herrn Vorich recht viel schärfer ausdrückt, als ich, der letzte der Sterbliden, der für seine Offenheit in den Debus soll? Der über Minister und Geheimräte, mit denen er nachher friedlich paktiert, nicht günstiger denkt? Und der, ehe noch der Mond sein Antlitz einmal zu erneuern vermochte, zweimal über eine der vitalsten Fragen der Reichspolitik genau entgegengesetzte Meinungen vortrug. Einen solchen Abgeordneten kann ich ihm nennen.

„Julius“ gibt schließlich deutlich zu erkennen, daß dieser vielseitige Politiker der Abgeordnete Erzberger selber ist! Herr Erzberger, der wissen mühte, daß diese Andeutungen auf ihn gemünzt waren, ging mit keinem Wort darauf ein, sondern begnügte sich damit, „Julius“ als einen neuen Schwindler Leo Taxil zu kennzeichnen. Graf Oppersdorff springt seinem Mitarbeiter tapfer bei und sagt zum Schluß:

Hier gilt die Alternative: Dem simplen Ignoranten das wohlverdiente Gelächter, dem Fälscher aber der Pronger. Ich frage die Anständigen und Besonnenen aller Parteien: Kann man frivolere polemischeren und ehrabschneidenden, als es hier gesehen?“

Herr Erzberger wird einer Verantwortung der an ihn gestellten fiktlichen Fragen natürlich auch weiterhin aus dem Wege gehen, und da die Gegenseite sich nicht unterkriegen lassen wird, wird noch weit erlicher Gestank dem schwarzen Sumpf entsteigen.

Portugal.

Das Scheitern der Gegenrevolution.

Lissabon, 22. Juli. Nachrichten aus allen Teilen des Landes melden vollständige Ruhe. Truppen und Freiwillige aus der Bürgerschaft durchstreifen die Gegenden, in denen sich die royalistischen Umtriebe ereigneten. Die Landbevölkerung steht auf Seiten der republikanischen Beamten.

England.

Churchill über den Ergänzungsfloottenetat.

London, 27. Juli. Unterhaus. Marineminister Churchill hielt heute seine Rede zur Begründung des Ergänzungsfloottenetats und sagte einleitend, der unmittelbare Anlaß zu den Nachforderungen wäre in dem neuen deutschen Flottengesetz zu finden, dessen Hauptmerkmal die Vermehrung der Streitmacht der sofort verfügbaren Schiffe aller Klassen sei. Ungefähr vierfünftel der gesamten deutschen Streitmacht würden ständig im Dienst, und zwar in voller Kriegsbereitschaft gehalten. Eine solche Vorbereitung wäre bemerkenswert, soweit er festhalten könne, gäbe es kein ähnliches Beispiel in dem bisherigen Verhalten moderner Seemächte. Churchill fuhr fort, eine künftige überlegene, stetige, methodische Vorbereitung, die sich auf eine Reihe von aufeinanderfolgenden Jahren erstreckt, könne allein den Sicherheitsüberschuss einer Seemacht an Streikräften geben. Die Anspannung, die Großbritannien zu tragen haben würde, würde eine lange und langsame sein, und keine Hilfe könne von einer impulsiven, ziellosen Handlungsweise gewonnen werden. Großbritannien müsse von seinen deutschen Nachbarn lernen, bei denen die Flottenpolitik unerschütterlich auf ihr Ziel losgehe. Wir müssen, fuhr der Minister fort, einen großen Uberschuss an Stärke haben, der sofort bereit steht. Der Flottenetattragsetz sehe keine über-

mäßige große Zahl von Neubauten vor, aber die Anzahl der Schiffe, welche in den nächsten Jahren zu bauen seien, müsse die Ziffern übersteigen, auf denen die Admiralität sie zu halten gehofft hatte. Es sei vorgesehen, weitere Unterseeboote zu bauen, und der Bau von leichten Kreuzern sei beschleunigt worden. Die Vermehrung der Streikräfte der deutschen Flotte, wie sie durch das deutsche Flottengesetz festgesetzt sei, ziele eine Reorganisation der britischen Streikräfte nach sich, um den notwendigen Sicherheitsüberschuss zu erhalten. Er schlage vor, die Anzahl der voll in Dienst gestellten Schlachtschiffe von achtundzwanzig auf dreiunddreißig zu erhöhen. Eine zweite Flotte würde aus acht Schiffen bestehen. Vom Jahre 1914 an würde Großbritannien fünf Schlachtschiffgeschwader haben von im ganzen 41 Schlachtschiffen. Vier von den fünf Geschwadern würden voll in Dienst stehen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden nach Ansicht der Admiralität den Bedürfnissen von 1914 bis 1915 angemessen sein. Die Regierung habe beschlossen, sechs ältere Schlachtschiffe aus dem Mittelmeer zurückzuziehen und sie durch vier Schlachtschiffkreuzer vom Indivincible-Typ zu ersetzen.

Marokko.

Zur Lage in Marrakesch.

Mazagan, 21. Juli. Aus Marrakesch hier eingetroffene Franzosen berichten, daß alle Europäer mit Ausnahme der Konjulin nach der Küste abgereist seien.

Ein verlustreicher Kampf.

Rabat, 21. Juli. In der Gegend von Maaziz hat am 19. d. M. ein Kampf stattgefunden, bei dem die Franzosen einige Verluste erlitten haben.

Des, 22. Juli. Die Kolonne Mazillier hatte in dem Kampfe nordwestlich vom Sestru am 20. Juli drei Tote, darunter zwei Offiziere, und sieben Verwundete. Die Ausständischen hatten etwa zweihundert Tote.

Mehr Soldaten für Marokko.

Der bekannte Forscher Marquis de Ségonzar, der kürzlich von einer im Auftrag des Marokko-Komitees unternommenen Reise von Fez nach Paris zurückgekehrt ist, setzt einem Mitarbeiter des „Temp“ seine Ansicht über eine wirkungsvolle Besetzung Marokkos auseinander. Nach ihm müssen die einzelnen Stämme bündelweise abgeschlossen werden, indem man zwischen ihnen feste Stellungen einnimmt, von denen aus sie in Zucht gehalten werden können. Dafür seien aber die Streikräfte nicht stark genug. Nur in Fez sei die Garnison genügend, unter der Bedingung, daß man Loja besetze. Wenn man das Opfer von 25 000 Mann mehr aufbringen wolle, so wäre die Lage vom Muluja bis zum Tensift bald völlig verändert. Alles übrige, besonders das Südsgebiet, könne man später in Angriff nehmen. Für jetzt sei die Hauptsache, daß man sich bewegen könne. Mit den Beständen aber, über die man jetzt verfüge, seien nur Faustschläge ohne dauernde Wirkung möglich.

Eine Marokkoreise der „Kölnischen Zeitung“.

Köln, 22. Juli. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Tanger telegraphiert: Die Ammenmärchen der französischen Presse über die dortigen Zustände sind darauf berechnet, die deutschen Kolonien aus Marokko auszumerzen, und dies würde keine Beachtung verdienen, wenn nicht die Generalresidentur und die französischen Konsuln im Süden sich bemühten, dem von der französischen Presse geschilderten Zustand der Gefahr für das Leben der Europäer Vorschub zu leisten. Es wäre lächerlich, anzunehmen, die Franzosen vermochten keine Einigung zwischen den beiden Raids Glawi und Mtuggi herbeizuführen. Sie schüren jedoch den Gegensatz, und da sie Mulei Hafid gestatten, völlig passiv den Ereignissen gegenüberzustehen, setzt sich im Süden der Glauben fest, der Sultan habe abgedankt. Die Anerkennung Saibas im Süden dürfte also erfolgen. Zu dieser Politik kommt die militärische Unfähigkeit Frankreichs, welche die Marokkaner glauben macht, Frankreich werde mit dem Süden nicht fertig. Die „Alliance Israélite“ kann sich in Paris bedanken, wenn in dem Marokkischer Bhetto sich die Judenschlacht von Fez wiederholt. Das Blatt „Al moghrel al asia“ geißelt mit scharfen Worten Frankreichs Unfähigkeit und sagt, die Sultane hätten zurzeit die Europäer und den Handel besser geschützt. Wenn Frankreich die Europäer nicht zu schützen vermöge, so sollen sie sie wenigstens nicht gefährden.

Es gibt in Deutschland Leute, die auch in diesem Sommer gern einen Marokkorummel haben möchten. Die „Köln. Ztg.“ und alle anderen Marokkobeher und Chauvinisten mögen sich aber gesagt sein lassen, daß die Arbeiterchaft auf ihrer Hut ist.

China.

Die Ministerkrise.

London, 21. Juli. Wie das Reutersche Bureau aus Peking meldet, hat Juanschikai eine Deputation der verschiedenen Parteien davon in Kenntnis gesetzt, daß er nicht gewillt sei, einen weiteren Wechsel im Amt des Premierministers während der Dauer der provisorischen Regierung zuzulassen. Lutschenghsiang habe versprochen, das Amt des Premierministers zu behalten und eine neue Liste von Mitgliedern für das Kabinett vorzulegen. Juanschikai hob hervor, wie wichtig es sei, daß während der Errichtung des Parlaments die Obstruktion und der politische Kampf eingestellt würden. Die Deputation versprach, ihren Einfluß bei den betreffenden Parteien für die Erfüllung der Wünsche Juanschikais zu verwenden.

Das künftige Parlament.

Peking, 22. Juli. In der Nationalversammlung sind in der Beratung über die Zusammensetzung des künftigen chinesischen Parlaments bisher folgende Bestimmungen angenommen worden: Das Parlament soll aus zwei Häusern bestehen. In dem Senat soll jede der 22 Provinzen durch zwei Mitglieder vertreten sein. Tibet durch 10, die Mongolei durch 30. Die im Ausland lebenden Chinesen werden sechs Vertreter haben und die Erziehungsgesellschaft acht. Ein Drittel der Senatoren wird alle zwei Jahre neu gewählt werden. Ueber die Vertretung der Mongolei und Tibets im Repräsentantenhause kam es zu heftigen Debatten. Es wurde betont, daß die Mongolei und Tibet durch die Fürsten, den Adel und die Geistlichkeit regiert werden, und daß, wenn das mongolische und tibetanische Volk keine besondere Vertretung erhalten, dieses zu ernststen Folgen führen könne. Die Debatte über diese Frage wurde vertagt, ohne daß eine Entscheidung gefallen wäre.

Amerika.

Die Roosevelt-Partei.

Jackson (Michigan), 22. Juli. Der erste Staatskonvent der neuen fortschrittlichen Partei hat hier statt-

gefunden. Er befürwortete die Kandidatur Roosevelts und nahm ein Programm an, das sich für die Aufrechterhaltung der Schutzzölle im Interesse der Industrie und der Arbeiterklasse ausdrückt, außer in den Fällen, wo Monopole die Konkurrenz erdrücken und der Tarif die Kosten der Lebenshaltung ungebührlich vermehre.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt hielt am Sonntag in Altranstädten seinen Kreisstag ab. Der Vorstand berichtete über ein arbeitsreiches Jahr. Die Wahl erforderte die Anspannung aller Kräfte. In 93 meist sehr stark besuchten Versammlungen und mit 385 000 Flugblättern wurde für die Ausbreitung unserer Ideen im Wahlkampf gearbeitet. Das Resultat war, daß unsere Stimmenzahl von 8517 bei der Haupt- und 9381 bei der Stichwahl 1907 auf 11 128 bei der Haupt- und 12 433 bei der Stichwahl dieses Jahres stieg. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 2066 männlichen auf 2342 und von 287 weiblichen auf 372, zusammen also von 2345 auf 2714. Es konnten zu den 16 bestehenden noch in 4 Orten neue Distrikte gegründet werden. 200 Distriktsmitgliedsversammlungen haben stattgefunden. In 7 Orten bestehen Bildungsausschüsse, in fünfzig Genossinnen in der Distriktsleitung. Sozialdemokratische Stadtverbände wurden 8, Gemeindevertreter 61 gewählt. Die Zahl der Abonnenten des „Vollständigen Volksblattes“ im Kreise stieg von 2101 auf 2806, die der „Leipziger Volkszeitung“ von 871 auf 981. Ein solcher Zuwachs — 881 Abonnenten — war bisher noch in keinem Jahre zu verzeichnen. — An Geldstrafen mußten aus politischen Prozessen 118,96 M. bezahlt werden. Gewerkschaftliche Kämpfe brachten den Beteiligten 10 Monate und 8 Wochen Gefängnis und 145 M. Kosten. Die seit 4 Jahren in Schwebung stehende von 10—12 Uhr geöffnete unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle erfreut sich großen Anklangs; sie wurde im letzten Jahre von 392 Personen besucht. — Außer den 385 Reichstagsflugblättern wurden noch 25 000 Volkskalender und 20 000 Landboten verbreitet. — Die Massenverhältnisse haben sich nach Einführung des 10-Pf.-Wochenbeitrages vor zwei Jahren sehr erfreulich gestaltet. In einem Referat über Agitation und Organisation wandte sich der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Pollender-Leipzig, gegen das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes, worauf einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Kreisversammlung von Merseburg-Querfurt erachtet in dem Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen eine arge Entgleisung aus der Bahn selbständiger proletarischer Klassenpolitik. Die mit dem Abkommen ostroptierte „Dämpfung“ der sozialdemokratischen Wahl- und Werbetätigkeit mußte nicht nur große Verwirrung in den eigenen Reihen hervorufen, sondern war auch geeignet, die Parteidisziplin in den betroffenen Kreisen dauernd zu schwächen. Insbesondere muß aber auch die autokratische Methode verurteilt werden, mit der dem Stichwahlabkommen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt über den Kopf des Wahlkreisvorstandes und gegen dessen Willen Geltung zu verschaffen versucht wurde.“

Schließlich wurde ein Antrag zum Parteitag gestellt, dahingehend, daß Mitglieder eines gelben Werkereins oder einer gelben Gewerkschaft aus der Partei ausgeschlossen seien.

Die Danziger Parteigenossen nahmen am 18. Juli in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt zu den Vorschlägen der 22er-Kommission für die Reorganisation des Organisationsstatus Stellung. Genosse Bartel hielt das einleitende Referat. Nach unwesentlicher Debatte, in der besonders die Aufhebung des Stimmrechts der Abgeordneten auf dem Parteitage empfohlen wurde, beschloß die Versammlung gegen eine Stimme folgende Resolution:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt erklärt zu den Abänderungsvorschlägen der 22er-Kommission für das Organisationsstatut:

1. Sie lehnt die Erhöhung der Beiträge ab
2. die Beschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage ab.

3. Ebenso lehnt sie den vorgeschlagenen Parteiaussschuß ab.

An seiner Stelle empfiehlt sie:

1. Die Vermehrung der unbesoldeten Mitglieder im Vorstande,
2. die Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission zur politischen Kontrolle des Parteivorstandes und
3. die Beibehaltung der im Absatz 8 des § 10 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.

Die Trauerfeier für den Genossen Frits Stegmann-Erfurt fand am gestrigen Sonntag im Gothaer Krematorium statt. Parteigenossen aus allen Thüringer Wahlkreisen und vielen Orten nahmen daran teil. Der Erfurter Arbeiter-Sängerchor sang einige Trauerlieder und kurze Ansprachen hielten die Genossen und Reichstagsabgeordneten D. o. Gotha namens der Thüringer Parteigenossen, Reichhaus-Erfurt namens der Erfurter Parteioorganisation und als Vertreter des Erfurter Parteigeschäftes, und Schulz-Berlin als Vertreter des Parteivorstandes und des Erfurter Kreises. Außerdem sprachen noch einige Vertreter aus thüringischen Orten kurze Abschiedsworte. Kränze und Blumen waren in großer Zahl eingegangen aus allen thüringischen Orten.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung von Chaux-de-Fonds (Schweiz) hat nun die Krise gelöst, die die aufgelöste Versammlung nicht zu lösen vermocht hatte, da sich je 20 Sozialdemokraten und Bürgerliche gegenüberstanden. Die sozialdemokratische Mehrheit hat nun das Bureau aus vier Sozialdemokraten, zwei Radikalen und einem Liberalen bestellt und unfern Genossen Dubois, Friedensrichter, zum Präsidenten gewählt; ferner in gleicher Weise auch den Kleinen Stadtrat bestellt, wobei alle vier Sitze für unsere Partei neu sind. Chaux-de-Fonds ist die erste größere Stadt in der Schweiz — sie zählt zirka 40 000 Einwohner — welche eine in ihrer Mehrheit sozialdemokratische Verwaltung besitzt. Die bürgerlichen Gegner freuen sich bereits auf die „sozialdemokratische Abwirtschaffung“, aber hoffentlich umsonst.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Streifenwachen.

Wegen öffentlicher über Nachrede, angeblich begangen durch zwei Notizen, die während des Streiks der Bergarbeiter im Oelsnig-Bezirk in der „Volksstimme“ erschienen waren, hatte das Stollberger Schöffengericht den in jener Zeit Verantwortlichen der „Chemnitzer Volksstimme“, Genossen Rag Müller, zu der unverhältnismäßig hohen Strafe von 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Urteil hatte Genosse Müller mit der Berufung angefochten, die am Sonnabend vor der dritten Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts verhandelt wurde. 13 Zeugen waren geladen.

In den der Anklage zugrunde liegenden Notizen war ein Reinfall der von der Werkverwaltung aus Furcht vor den Streikenden eingerichteten Wachtposten, die mit Gummischläuchen und anderen Waffen ausgerüstet waren, in humoristischer Weise berichtet worden. Bei den Aussagen widersprachen sich die Zeugen mehr oder weniger; insbesondere waren die von den Privatklägern benannten Zeugen ungemein zurückhaltend.

Der Vertreter der Privatkläger verwies auf das Urteil erster Instanz und sprach dafür, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zugebilligt werde. Er sprach sich für eine hohe Strafe aus. Genosse Müller begründete die näheren Beziehungen, die der Redakteur eines Arbeiterblattes mit der organisierten Arbeiterschaft hat, deren Schöpfung des Blatt eben ist, und beanpruchte deshalb den Schutz des § 193. Nach kurzer Beratung wurde die Berufung verworfen.

Gewerkschaftliches.

Streikpostenflehen ist „zweckloses Auf- und Abwegen“.

Beim Streik der Fensterputzer in Essen ging die Polizei mit großer Rücksichtslosigkeit gegen die Streikenden, insbesondere gegen die Streikposten vor. Am allererschreckendsten betätigte sich dabei der Hilfschutzmännchen Rangelmacher. Am 28. Mai morgens trieb er zwei ruhig auf- und abgehende Fensterputzer von der Straße weg, in der eine beschauliche Morgentrübe herrschte. Nur wenige Passanten waren auf der Straße zu sehen. Die Arbeitswilligen aber waren längst aus dem Betriebe heraus in die einzelnen Stadteile auf ihre Arbeit gegangen. Es bestand also durchaus kein Verkehrshindernis. Als der Angestellte des Transportarbeiterverbandes, der Genosse Kimmritz, hinzukam und von den Streikposten hörte, daß sie fortgetrieben worden seien, übernahm er selbst das Streikpostenflehen. Er ging in der menschenleeren Straße aber kaum fünf Minuten auf und ab, als er schon von dem genannten Schutzmännchen in barschem Tone aufgefodert wurde, „weiter“ zu gehen. Als Kimmritz hierauf nicht im geringsten reagierte, wurde er von dem Schutzmännchen verhaftet und zur Wache geführt. Von dort entlassen, nahm Kimmritz sofort wieder das Streikpostenflehen auf. Die Folge war ein Strafmandat von 6 M. wegen „zwecklosen Auf- und Abwegens“. Er sollte gegen die §§ 1 und 2 der Oberpräsidialverordnung vom 18. Februar 1911 verurteilt werden.

Das Essener Schöffengericht, bei dem gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt worden war, bestätigte am 20. d. M. das Strafmandat mit der Begründung: der Hilfschutzmännchen sei der Auffassung gewesen, daß durch das Auf- und Abgehen des Verbandsangestellten die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet werden konnte. Auch eine Gefahr für die Arbeitswilligen (die, wie gesagt, längst fort waren) erblickt der Beamte in dem Verhören.

Umsonst kritisierte der Verteidiger diese Art der Anwendung der Oberpräsidialverordnung. Der Vorsitzende stützte sich im Urteil auf die Aussage des Schutzmännchens, der der Auffassung war, daß durch das Auf- und Abgehen des Kimmritz die öffentliche Ruhe, Sicherheit Ordnung oder das Eigentum von Personen gefährdet sein konnte.

Also eine neue gerichtliche Deduktion! Kann das Streikpostenflehen nicht als Verkehrshindernis angesehen werden, so ist es denn doch strafbar, wenn Seine Majestät der Schutzmännchen das Auf- und Abwegen für zwecklos hält.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Rutscher und Arbeiter in den Schwermetallbetrieben

Ist so gut wie beendet und hat der Organisation einen schönen Erfolg gebracht. Am Montag, den 15. Juli, begann der Streik, wurde mit Ruhe und Besonnenheit durchgeführt, und es gelang, trotz vieler Schwierigkeiten, einen Tarifvertrag zur Anerkennung umzusetzen, der den Arbeitern die gewünschten Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bringt. Daß der Streik in musterhafter Ordnung durchgeführt wurde, ist um so mehr hervorzuheben, als die Führer häufig als „krafteilfähige Leute“ angesehen werden. Am Montag nachmittag fanden nur etwa 70 Mann noch im Streik, die bei einem Duzend kleinerer Firmen angestellt waren. Mit einigen von diesen Firmen fanden am Montag nachmittag noch Verhandlungen statt. Im ganzen hatten bis dahin 101 Firmen den Tarif unterzeichnet. Zu den im Laufe der letzten Woche veröffentlichen Firmen, die den Tarif anerkannten, kommen noch die folgenden hinzu: G. Schatt, Berlin, Borgwardt, Reußlin, E. Voigt, Berlin, Behold, Gesevid, Specht, Reußlin, S. Wildenbain, O. Jense, Berlin, Rauenberg, Wittenau, F. Krüger, Pankow, L. Post, Reußlin, G. Serullis, Pankow, R. Kresse, W. Riers, Berlin.

Die organisierten Rutscher, die zu den Tarifbedingungen arbeiten, erhalten eine blaue Legitimationskarte, die laufend alle Monate abgestempelt wird.

Die Chausseure des Kraftmaschinenbetriebs von Peltzerhoff, Memeler Straße 27, haben am Sonntagmorgen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Wiederholte Verhandlungen durch den Verbandsvertreter zwecks friedlicher Beilegung der Differenzen hatten keinen Erfolg, da Herr Peltzerhoff den bekannten „Herrn-im-Hause“-Standpunkt einnahm. Die Chausseure werden ersucht, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen.

Die Sektion IV im Deutschen Transportarbeiterverbande.

Deutsches Reich.

Die Urabstimmung im Schmiebereich ergab 8788 für und 8124 gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. 162 Stimmen waren ungültig. Die Verschmelzung ist somit angenommen.

Der Streik der Fabrikarbeiter in den Bichorienfabriken der Firma Gottl. Hauswaldt in Magdeburg ist beendet. Die Arbeiter beschloßen am Sonnabend, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Betriebsleitung erklärte sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit und bewilligte befriedigende Lohnerhöhungen. Die Streikenden werden sämtlich wieder eingestellt und treten in ihre vollen Rechte hinsichtlich der Pensionskasse usw. wieder ein.

Lohnbewegung im Brauereigewerbe in Neubrandenburg L. M. Wegen völliger Ablehnung ihrer Forderungen haben die Arbeiter der Brauerei Janssen u. Besch zu Neubrandenburg L. M. am Montag, den 22. Juli, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitszeit beträgt noch 10 1/2 Stunden. Ueberstunden werden tagtäglich gemacht, aber nicht vergütet. Sonntags müssen noch vier Stunden ohne besondere Vergütung gearbeitet werden. Für rund 68 Stunden Arbeitsleistung wird ein Wochenlohn von 21,50 M. gezahlt. Aber trotzdem lehnte die Brauereileitung jede Verbesserung kurz ab.

Die organisierten Holzarbeiter der Firma Aug. Koppermann zu Wilkau in Sachsen haben am 20. d. M. wegen Nichterhaltung des mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Vertrages die Arbeit eingestellt. Am 15. Juni mußte laut Vertrag neben einer Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Woche ein Lohnaufschlag von 2 Pf. erfolgen. Von einigen Fällen abgesehen, hat die Firma diese Bedingungen erfüllt, jedoch am ersten Sonntag, den 21. Juni, einer Anzahl Arbeiter mit der Begründung gelündigt, daß diese die vertragliche Lohnzulage nicht verdienten. Bei den Verhandlungen, die mit der Firma im Beisein der beiderseitigen Organisationsvertreter geführt wurden, erklärte sie, daß nach ihrer Auffassung der Vertrag durch die einmalige Auszahlung der vertraglichen Lohnzulage erfüllt und sie berechtigt sei, alle diejenigen zu entlassen, die nach ihrer Meinung die Zulage nicht verdienten. Es beharrt wohl keiner näheren Beweisführung, daß gegen eine derartige Auslegung bezw. Umgehung von Tarifverträgen mit aller Entschiedenheit angefaßt werden muß. Sonderbarerweise hat der Vertreter des Industrie-Schutzverbandes die Auffassung der Firma gebilligt. Der Kampf scheint demnach ein harter zu werden und wird daher ersucht, den Zugang von Holzarbeitern aller Branchen streng fernzuhalten.

Der Streik in den Steingewerken Friedrichsfeld in Baden ist abgebrochen worden. Der Erfolg ist ein geringer. Verschiedene Vorkommnisse jedoch rieten dazu, nach siebenwöchiger Dauer den Kampf abzubrechen. Der Diktation war es unter großen Anstrengungen gelungen, aus Hamburg 60 Hingegardisten und außerdem aus dem Odenwald 90 und aus Luxemburg 20 Arbeitswillige heranzuschleppen. Ueber die Odenwälder Arbeitswilligen wird be-

richtet, daß diese Leute einen völlig unwillkürlichen Eindruck machten; diese Elemente stammen aus stadtholischer Gegend und haben keine Ahnung von den Kämpfen der Arbeiter. Diese gesamten Arbeitswilligen dienten dem Betrieb wohl eigentlich mehr als Stofflage, um den Mut der Ausständigen zu brechen. Die Streikbrecher waren sämtlich im Betriebe interniert; es war ihnen streng verboten, die Werke zu verlassen.

Trotzdem verließ eine Gruppe der in Gefangenschaft gehaltenen Arbeitswilligen am Abend des 13. Juli heimlich über die Umzäunung hinweg den Betrieb, um einige Wirtschaften aufzusuchen. Die Wirtin lehnte jedoch die Bewirtung der wenig Zutrauen erweckenden Gäste ab, und schließlich kam es auf noch nicht aufklärter Weise zu einer turbulenten Szene, wobei die Arbeitswilligen in bekannter Weise ihre Revolver knallen ließen. Schließlich erhielt einer der ihrigen einen lebensgefährlichen Stich in den Leib, so daß er in schwerer Verletzung ins Krankenhaus nach Heidelberg eingeliefert werden mußte.

Diese Vorkommnisse waren selbstverständlich Wasser auf die Scharfmachermühlen. Die nationalliberale „Vödische Landeszeitung“ schob sofort die Schuld an dem noch gar nicht aufgeklärten Vorfalle den Ausständigen in die Schuhe. Sechs Streikende wurden im Laufe der nächsten Tage in Haft genommen, jedoch verläutet über die Untersuchungen nichts Bestimmtes. Bezeichnend aber ist, daß am 17. Juli zwei Hingegardisten in Ketten geschlossen nach Mannheim eingeliefert wurden, so daß die schon anfänglich gehegte Vermutung Raum gewinnt, daß die schwere Verletzung des nach Heidelberg transportierten Arbeitswilligen bei einer Kauferei mit seinen Gefinnungsgenossen entstanden ist.

Alle diese Vorkommnisse veranlassen die Streikenden, wiederholt zu dem Streik Stellung zu nehmen und dann zu dem Beschlusse zu kommen, den Kampf abzubrechen. Der sekundäre Erfolg der Bewegung ist nicht groß, jedoch auch die Steingewerke haben bei diesem Kampfe keine Lorbeeren geerntet. Jedenfalls hat auch ihnen dieser Streik große Geldkosten verursacht, und sie dürften daraus die Lehre ziehen, zukünftig den Arbeitern doch ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Die Wiedereinstellung der Ausständigen dürfte ziemlich glatt vonstatten gehen. Die meisten Kaufreiter werden als nunmehr unbrauchbar entlassen, und die Hingegardisten sollen zum Teil schon wieder anderweitig in gleicher Weise „engagiert“ sein. Außerdem bieten die in der Nähe befindlichen Bahnbauten Arbeitsgelegenheit. In den Werken selbst ist die Arbeit am 22. Juli wieder aufgenommen worden.

Ausland.

Die Raueinstellungen aus Zürich.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Von den Rassenverhaftungen haben die meisten wieder aufgehoben werden müssen, die Tragödie wird zur Komödie und der blinde Eifer der an der Nacht befindlichen Staats- und Gesellschaftsrechtler heisst das verdiente Piaslo ein.

Aber die terroristische Bürgerverbandsregierung hat noch ein ebenso bequemes wie einfaches Gewaltmittel gegen die Ausländer zur Verfügung, die an dem Geburtsfehler leiden, daß ihre Wiege nicht auf einem Fleckchen in der Schweiz, sondern im Ausland gestanden hat. Und so wies sie die ausländischen Sekretäre und Vorstandsmitglieder der Arbeiterunion aus, die Genossen Bod und Pelizzoni, die Sekretäre waren, sowie die Genossen Bettam, Vorscheidt, Michel und Schubert, zusammen sechs. Sie sind nur aus dem Kanton Zürich ausgewiesen, so daß ihnen die übrige Schweiz noch offen steht, und wünschen und hoffen wir, daß es ihnen gelingt, in einem anderen Kanton wieder eine Existenz zu finden.

Wohl um die aufreizende und verbitternde terroristische Ausweisungsmassregel etwas zu mildern, hat die Regierung auch drei Streikbrecher ausgewiesen, die berufsmäßigen gemeinnützigen Elemente Paul Steinbrinl, Schlosser, geboren 1889, von Varmen, Arnold Wegener, Raiser, geboren 1867, von Steintin und Max Weidner, Schlosser, geboren 1887, von Berlin. Der letztere ist der Revolverheld, der vor kurzem einen ganz unbedeutenden Arbeiter durch einen Revolvererschuss in den Oberschenkel schwer verwundete. Dafür hätte ihm wegen schwerer Körperverletzung eine empfindliche Gefängnisstrafe gebührt. Nun soll das Verbrechen durch die bloße Ausweisung gesühnt sein. Uebrigens ist die Ausweisung nicht einmal deswegen erfolgt, sondern nur wegen Schriftenlosigkeit. Und das übrige gemeingefährliche Streikbrechergesindel darf fernerhin die öffentliche Sicherheit in der Stadt Zürich gefährden.

Unsere Genossen sind ausgewiesen wegen Beteiligung am Generalkstreik, eine direkt ungesetzliche Begründung, denn es gibt im Kanton Zürich kein Gesetz, das den einfachen oder Generalkstreik verbietet, er ist also erlaubt und wegen einer erlaubten Handlung kann doch nicht ausgewiesen werden. Aber was fragt danach die terroristische Bürgerverbandsregierung! Sie hat die Nacht und mißbraucht sie. Schade, daß nicht die Arbeiterschaft die Nacht hat, sie zum Teufel zu jagen, wie sie es verdient.

Der zweite Streik der Arbeiter im Hauensteinunnel (Schweiz) ist erfolgreich beendet worden. Unter der Leitung des Regierungsrates Kaufmann von Solothurn wurden nach fast 13tägigen Verhandlungen folgende Vereinbarungen getroffen: Maschinenisten im äußeren Betrieb erhalten bei 11tägiger Präsenzzeit und 11tägiger Arbeitszeit 7 Frank Tagelohn; im inneren Betrieb (Tunnel) für die achtstündige Schicht 7 Frank; im gemischten Betrieb bei zwölfstündiger Präsenzzeit (innerhalb welcher zwei halbtägige Ruhepausen) 8 Frank Tagelohn. Heizer auf allen Positionen einen Frank weniger als die Maschinenisten. Schmieberei bei zehntägiger Arbeitszeit 60 Cts. Stundenlohn, Zuschläger 60 Cts., Schlosser im äußeren Betrieb bei zehntägiger Arbeitszeit 60 Cts. Stundenlohn, im Tunnel für acht Stunden 8,80 Frank, für autogenisch Schmelzen erhalten die Schlosser 10 Cts. Zuschlag auf die Stunde. Mineure für die Achtstündenschicht 6,10 Frank, Schlepper 6,10 Frank, jüngere unter 18 Jahren 4,60 Frank. Maurer im äußeren Betrieb bei zehntägiger Arbeitszeit 70 Cts. Stundenlohn, jüngere Maurer unter 19 1/2 Jahren 65 Cts., im Tunnel für die Achtstündenschicht 6,50 Frank resp. 6 Frank. Gondianger außen bei zehn Stunden 47 Cts. per Stunde, im Tunnel für acht Stunden 5 Frank. Pflasterer außen bei zehn Stunden 88 Cts. per Stunde, im Tunnel für acht Stunden 3,80 Frank. Der erste Säger erhält bei zehntägiger Arbeitszeit 68 Cts. Stundenlohn, die weiteren 60. Die Zimmerleute 70 Cts. Ueberzeit wird mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.

Damit keine Irrtümer in der Lohnung mehr vorkommen können, muß der Arbeiter bei seiner Anstellung in eine bestimmte Kategorie eingereiht werden, was er unterschrittlich bezeugt und was auf die Lohnzettelchen bemerkt wird. Eine Reihe untergeordneter Bestimmungen wurden in den Vertrag aufgenommen, um ein klares Verhältnis zwischen Unternehmung und Arbeiterschaft zu schaffen. Der Vertrag soll zwei Jahre Gültigkeit haben. Er bedeutet eine Reihe von Zugeständnissen an die Arbeiterschaft, welche eben nur dadurch errungen werden konnten, daß sich letztere gut organisierte. Offenlich hält sich die Tunnelbaufirma Berger u. Cie. an die neuen Vereinbarungen in loyaler Weise, anderenfalls kann sie den dritten Streik erleben. Denn die Ueberzeugung wird sie nur gewonnen haben, daß sie mit dieser Arbeiterschaft nicht müßelich umspringen kann, wie sie und ihre Angestellten gerne möchten.

Von den böhmischen Gewerkschaften. Auf dem 6. böhmischen Gewerkschaftstages waren 17 Verbände mit 5329 Mitgliedern durch 110 Delegierte vertreten. Die durchschnittliche Beitragszahlung des Mitgliedes betrug 14 Kronen pro Jahr, auf jedes Mitglied entfielen 6 Kronen 57 Heller = 48 Proz. des Beitrags an Unterstufungen. Der Mitgliederstand ist infolge schlechter Konjunktur und von Verfolgungen um 589 gefallen. Von den etwa 60000 Arbeitern des Reichslandes sind 10 Proz. organisiert, in Sarajevo ist dieser Prozentsatz aber 43 d. H. In der Provinz ist das Kulturniveau noch zu tief. Bei Streiks gehen gerade die

Staatsbetriebe — Eisenbahnen, Tabakfabriken und Kohlengruben am brutalsten vor. Kamentlich wird mit Ausweisungen von — Oesterreichern (!) gearbeitet!

Verfassungen.

Centralverband der Dachbeder. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Sonntag ihre Quartalsversammlung ab. Der Rassenbericht ergibt folgendes Bild: Einnahmen mit Bestand 11 520,13 M., Ausgaben 8219,53 M., verbleibt demnach zum 3. Quartal 1912 ein Bestand von 3300,60 M. Was den Stand der Tarifbewegung anbelangt, so kommen zu den bisher gesperrten Firmen noch die Firmen Christoph, sowie Kopp u. Cie., bei denen am 21. Juli die Arbeit niedergelegt wurde. In den anderen Betrieben sollen erst nach Besprechungen mit den dort beschäftigten Arbeitern gepflogen werden, von deren Ergebnis die weiteren Schritte abhängen.

Verband der Fabrikarbeiter. Die Generalversammlung der Zehnstelle Berlin fand am Sonntagvormittag im „Englischen Garten“ statt. E. Bruns legte den Geschäftsbericht der Verwaltung für das 2. Quartal 1912 vor. Er besprach zunächst eine Reihe von Differenzen mit den Unternehmern; in den meisten Fällen gelang es, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu erreichen oder beabsichtigte Verschlechterungen abzuwehren. Bei Vorstmann u. Co. wurde nach einem Streik von einem Tage ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der Lohnerhöhungen von 3 bis 5 Pf. pro Stunde brachte. Bei Czarnikow u. Co. kam es nach einem Streik von drei Wochen zu einem Vertrag auf 3 Jahre mit Lohnerhöhungen von 1, 2 und 3 Pf. pro Stunde. In den Magnesia-Werken, Pankow, wurden die Arbeitsverhältnisse geregelt in dem Vertrage auf ein Jahr, in dem die Arbeitszeit täglich um 1/2 Stunde vergrößert wurde. Bei Kränkel u. Runge, Spandau, brachte die Tarifbewegung eine sofortige Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde, da weitere Erhöhungen von 2 Pf. nach einem Vierteljahr, und nach einem weiteren halben Jahr wiederum 2 Pf. folgen werden; außerdem werden Festtage innerhalb einer Woche bezahlt. — Diese und andere annehmbare Vorteile erfrüht der Verband für seine Mitglieder. Bruns betonte noch, daß der Verband sich entschieden gegen die in chemischen Fabriken üblichen Prämien und Gratifikationen wendet, weil die Arbeiter damit geschädigt und getäuscht werden. Der Verband fordert vielmehr die Befestigung angemessener guter Löhne. — Die Agitation des Verbandes wurde gefördert durch die Uebernahme von Erlener als Zehnstelle; in den Zementfabriken von Müdersdorf und Umgegend, wo man vor Jahren schon versucht hatte, Boden zu gewinnen, setzte die Agitation neuerdings wieder ein. Der Verband nahm im letzten Quartal um 230 Mitglieder zu und verfügt über einen Bestand von 8760 Mitgliedern.

Die Abrechnung für die Hauptkasse vom 2. Quartal 1912 zeigt in Einnahmen und Ausgaben eine Bilanz von 45 187,70 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet: An Erwerbslosenunterstützung: auf der Reise 419,60 M., an Arbeitslose 4337 M., an Kranke 8675,65 M., an Gemahregeltemunterstützung 592,06 M., an Unzugelb 1029,20 M., an Sterbegeld 770 M., an Streikunterstützung 4048,90 M. Die Lokalkasse zeigt die Bilanz von 52 996,14 Mark. Aus der Lokalkasse wurden gezahlt: an Streikunterstützung 988,10 M., an Erwerbslosenunterstützung 519,75 M.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt. Die Versammlung diskutierte dann eingehend einen Antrag der Mitglieder von Ober-Schöneweide, die zur Erledigung der Agitationsarbeiten am Orte für bestimmte Tagesstunden einen Verbandsangestellten wünschten. Der Antrag wurde von der Verwaltung beipflichtet, von den Delegierten aber mit 121 gegen 55 Stimmen angenommen. — Einige Ausschluhanträge fanden ihre Erledigung gemäß der Empfehlung der Verwaltung. — Als Beisitzer zur Ortsverwaltung wurde August Priebe gewählt. Die Versammlung beschloß am Schluß die Arbeiten des bevorstehenden Verbandstages in Dresden.

Letzte Nachrichten.

Die Flottenverstärkung im englischen Unterhaus.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Nach Churchill ergriß Balfour das Wort und führte aus: Wie er die Sachlage verfolge, wolle die Regierung durch die Reorganisation der britischen Streitkräfte im Mittelmeer diese um vieles mehr verstärken, als dies unter den alten Festsetzungen der Fall gewesen sei, und die Schiffe, die auf Malta basieren sein würden, würden eine um vieles stärkere Streitkraft sein, als sie Großbritannien seit vielen Jahren gehabt habe. Es befinde sich im Mittelmeer eine Macht, welche als Seemacht erst seit den allerletzten Jahren bestehe. Mit nur etwa dreihundert Meilen Küste und keiner überseeischen Befestigung sei Oesterreich jetzt im Begriffe, eine der starken Seemächte der Welt zu werden, er wisse nicht genau, auf welche Eingebung hin. Das sei eine Tatsache von größter Bedeutung.

Unruhen in Barcelona.

Cerbere, 22. Juli. In der letzten Nacht sind in Barcelona Unruhen ausgebrochen. Ein Trupp von Radikalen zog durch die Straßen und rief: „Es lebe die Republik Portugal!“ Die Polizei zog die Säbel und die Radikalen feuerten mit Revolvern auf die Polizeimannschaften. Zwanzig Zivilisten wurden durch Säbelschläge verwundet, auch ein Polizeibeamter ist verletzt worden. 26 Personen wurden verhaftet.

Eine vernünftige Maßregel.

Osag, 22. Juli. (B. L. B.) Die Regierung hat wegen der kleinen Vorräte und des hohen Preises des Reises im Auslande seine Ausfuhr aus Niederländisch-Indien vorübergehend unter sagt. Damit soll gleichzeitig einem etwaigen Ausfall bei der nächsten Reiserente in Indien begegnet werden.

Ausstand Augsburger Textilarbeiter.

Augsburg, 22. Juli. (B. L. B.) Heute vormittag haben in der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei ungefähr die Hälfte der Weber wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen wegen Beilegung des Streiks wurden bisher noch nicht eingeleitet.

Fliegerabsturz.

Brüssel, 22. Juli. (B. L. B.) In der Nähe des Flugfeldes von Berchem verunglückte der Flieger Ganciau mit seinem Passagier. Ganciau wurde schwer verletzt, während sein Passagier unverletzt blieb. Als Ganciau am Boden lag, sah ihm ein Taschendieb sein Portfeuille.

Schwere Kesselexplosion auf einem Dampfer.

Warschau, 22. Juli. (B. L. B.) Auf dem Weichsel-Personendampfer „Kloz Czarni“ ereignete sich gestern unweit Warschaws eine starke Kesselexplosion, durch welche das Deck des Dampfers vollständig zerstört wurde. Ein Passagier wurde durch unhersehende Gientteile getötet, während 26 andere Passagiere mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten.

Zwei Arbeiter erstickt.

Bukarest, 22. Juli. (B. L. B.) In der Ziegerei und Zementfabrik von Iten in Dabesti Ciopla ereignete sich gestern mittag ein schweres Unglück. Es wurde gerade ein Kessel gereinigt, als plötzlich eine furchtbare Detonation erfolgte. Der Kessel war explodiert. Durch die austretenden Dämpfe wurden zwei beim Reinigen des Kessels beschäftigte Arbeiter erstickt, während ein dritter schwer und zwei andere leichter verletzt wurden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

Der Kreiswahlverein für Niederbarnim

hielt am Sonntag im Café Bellevue zu Mummelsburg seine Generalversammlung ab. Der Vorstand hat in Broschürenform einen

Jahresbericht

vorgelegt, der ein anschauliches Bild von dem Organisations- und Parteilieben im Kreise gibt. Ueber die Mitgliederbewegung sagt der Bericht, sie zeige insofern ein unerfreuliches Bild, als der grohen Zahl von Neuaufnahmen auch ein großer Prozentsatz von Abgängen gegenübersteht. Der Verein hatte am 1. Juli 1911 12 098 männliche und 2534 weibliche, zusammen 15 530 Mitglieder. Aufgenommen und zugezogen sind 5437 männliche, 1146 weibliche, zusammen 6583, gestrichen, verzogen usw. 3415 männliche, 581 weibliche, zusammen 3996 Mitglieder. Der Bestand am 30. Juni 1912 belief sich auf 15 018 männliche, 3090 weibliche, zusammen 18 117 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach 2587, darunter 685 weibliche Mitglieder. Die große Zahl von Abgängen ist hauptsächlich zurückzuführen auf Streichungen wegen rückständiger Beiträge. Diese Tatsache muß die Bezirksleitungen immer mehr veranlassen, die Hausbesuche bei den rückständigen Zahlern anzuwenden. Ein erfreuliches Zeichen ist, daß die Mitgliederzahl in den rein ländlichen Orten weiter wächst. Die Reichstagswahlbewegung brachte uns mit der Landbevölkerung in immer engere Fühlung und das höhere Vertrauen des Landmannes zur Sozialdemokratie drückt sich besonders in der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmenzahl aus. Neben der starken Zunahme von Stimmen ist auch eine Zunahme von 406 Mitgliedern auf dem platten Lande zu konstatieren. — Wenn auch die nominelle Mitgliederzahl im Kreise wieder erheblich gestiegen ist, so läßt die Zahl der vollzahlenden Mitglieder viel zu wünschen übrig. Ingesamt haben im Berichtsjahre nur 13 340 Mitglieder volle 12 Monatsbeiträge bezahlt.

Während der Reichstagswahlbewegung wurden 11 allgemeine Landagitationstouren unternommen. Gute Aufnahmen fanden diesmal auch die illustrierten Flugblätter, sowie die speziell für einzelne Bezirke herausgegebenen Broschüren. Sehr wirksam war die Broschüre: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie“. Es wurden 141 Reichstagswahlerversammlungen abgehalten und 1 174 750 Flugblätter verbreitet.

In unmittelbarem Anschluß an die Reichstagswahl setzte die Agitation für die im März stattfindenden Gemeindevahlen ein. Am 14. Januar wurden in etwa 50 Gemeinden rund 90 000 Flugblätter verteilt, die zur Einsicht der Wählerliste auffordern. Wir beteiligten uns in 56 Gemeinden an der Wahl und erzielten 15 192 Stimmen gegen 7940 Bürgerliche. Wir gewannen 24 neue Mandate, so daß wir jetzt 133 Gemeindevertreter im Kreise haben. Dazu kommen noch 8 Stadtverordnete in Bernau und Oranienburg und 16 in Lichterfelde. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter im Kreise beläuft sich auf 165 gegen 137 im Vorjahre.

Wenn auch der Schwerpunkt der Agitation im Berichtsjahre auf die Gemeinde- und Reichstagswahl gelegt werden mußte, so ist doch auch in der sogenannten stillen Zeit eifrig weitergearbeitet worden. Es wurden insgesamt 385 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die schriftliche Agitation steht der mündlichen ebenbürtig zur Seite. Vor allem ist in den ländlichen Orten intensiv gearbeitet worden. Auf 332 Agitationstouren wurden verbreitet: 30 000 Kalender, 157 500 Exemplare der „Fackel“, 21 000 Broschüren und anderes mehr. Unmonatlich sind 140 bis 150 Genossen an den mühsamen und beschwerlichen Arbeiten der Landagitation beteiligt. — Die Zahl der Abonnenten der Parteizentrale ist auf 22 406 gestiegen, darunter sind 22 115 „Vorwärts“-Abonnenten und 291 Abonnenten der „Brandenburger Zeitung“. Die Gesamtzahl der verbreiteten Flugchriften und Broschüren beträgt 2 250 300.

Ueber die Frauenbewegung sagt der Bericht unter anderem: In 28 Bezirksleitungen sind 88 Genossinnen tätig. In 6 Frauenkonferenzen haben die Funktionärinnen gemeinsam mit dem Kreisvorstand über die Art der Agitation beraten. 171 Lesende fanden statt, die eine durchschnittliche Besucherzahl von 807 pro Monat aufwies. In 154 Lesenden wurden Vorträge gehalten. Bei einer Hausagitation zur Gewinnung weiblicher Mitglieder wurden 10 000 Exemplare der Broschüre: „Bist Du eine der Unserigen?“ verbreitet.

Die Kinderkommission hat 67 Fälle unerlaubter Kinderarbeit sowie Mißhandlung und Vernachlässigung festgestellt. Schließlich verweist der Bericht auf die große Zahl polizeilicher Klagen, Strafanzeigen usw., denen die in der Agitation tätigen Genossen ausgesetzt sind. Infolgedessen hatte die Kreisliste 1975 M. an Prozesse und Gerichtsbesuchen zu zahlen. Doch brachten gerade diese Vorgänge einen ansehnlichen Gewinn von Mitgliedern.

Nach Eröffnung und Konstituierung der Versammlung erhielt der Vorsitzende Brühl das Wort zum

Kleines feuilleton.

Wojasität Mähe. Sie blinzelte aus dem Schaufenster eines Ladens, alswo sich allabendlich Schlag 6 Uhr der „Korso“ mobiler Orgel und geläufiger Vorträchter zum unausgetrockneten Wachs bis zur ältesten Semestergarde mit stramm herausgesteckter Hinterfront und noch begehrlischer präsentierter Vokale-Wüste zu tummeln, nein in drangvoll fürchterlicher Enge aneinander zu reiben pflegt. ... das Ding von Zithersularenmühe. Knallgrüt lag sie in Raumes Mitte auf einem Miniaturrueppolster von schwarz-weiß gestreifter Seide förmlich hingehoben wie eine Odaliske, die sehnlichst des freieren baret. Rings herum in respektvoller Distanz nur lauter Kopfbedeckungen fürs Zithrad. Zunächst allerdings ein Kranz schwarzseidiger Zylinder, wie solche nur wieder von geburtsadeligen und plutokratischen Herrenmenschen, zweifelhafte Gläserträger, horizontalen „Damen“-Kavallieren, blaublühigen Dichtkapitlern W-W-Berlins getragen werden. In unakademischer „Korrektheit“ vom Kopf bis zur Lebe, Pardon, vom Angststöhrendedel bis zur elegant gekrümmten Krenpe, beneigten sich sämtliche Zylinder vor Wojasität Mähe.

Ein verwandtschaftliches vertrauliches Zwinkern und Winkern ging zwischen ihnen: „Na, wir kennen uns doch? Wissen sie nicht? Reulich auf dem Hüfttritte bei Kommerzienrats, da schwerwenzelten wir doch alle: wir Seidenhüte und sie, Brauchusarenmühe, um die Frau Kommerzienrätin, von wegen der großen Lippen, wissen sie — ah — mit denen Bemühten Fräulein Tochter gepolstert ist. Ach — ah, sie schäkerten ja pyramidal, Notmühen. Glauben wohl sie gegewiß bei der Alten ein Monetenerschöpfen vornehmen zu können und das goldne junge Gändchen dabei mitgeben zu heißen? Fehlgeschossen! Auch unsere Wappenschilder sind, na tja, verbleibt und roßfiedig, mitbin höchstteilig der Vergoldung bedürftig. Und wenn's auf Ihnen ankommt, du lieber Gott, auch wir haben deren eine schwere Menge. Wer unter ihnen, verehrtes Mähen, und unter uns Wächstöpfern nimmt's denn so genau. Noch halten wir und nicht für abgedulgt! Auch wir haben Fähigkeit wie alles Vokaleler und werden mit ihnen — selbstverständlich auf Kavalleristalle — die Klängen kreuzen oder gegenseitig Löcher in die Luft sähen. Alles für unsere Dame Fräulein Kommerzienrat!“ Wieder verbeugten sie sich fortell, die einen vom Deckel bis zur Krenpe — der Knallrote vom obersten Notardens bis zum untersten Schwarzlederschirmrand. Die Zeremonie war beendet. Hinter den Zylindern lagen die anderen Hüte: devot abwartend die einen, prozig jene, würsig lässig diese: „Wir sind's schließlich, die euch flott machen, eure Bigenerkarran aus dem Dred ziehen!“ Und sie lachten aus vollem

Vorstandsbericht.

Er bezog sich im allgemeinen auf den gedruckten Bericht und sagte unter anderem: Das Kreisbureau, dessen Errichtung ein Teil der Parteigenossen nicht für notwendig hielt, habe sich sehr gut bewährt, insbesondere bei der Wahltagation, die durch die Tätigkeit des Bureau in den Bezirken wesentlich erleichtert und einheitlich gehalten worden sei. Die Mitgliederzahl des Vereins entspreche nicht unseren Wahlerfolgen. Es müsse sogar für manchen Industriebezirk ein ungünstiges Verhältnis konstatiert werden. Hinsichtlich der Gemeindevahl müsse verlangt werden, daß, wenn die Wahlen unserem Verlangen gemäß an einem Sonntag stattfinden, die Beteiligung unserer Genossen eine allgemeine sein müsse. Das könne man von den Parteigenossen nicht sagen. Sie hätten sich bei der drei Tage währenden Wahl am ersten Tage, einem Sonntag, wenig beteiligt und dadurch unserer Partei einen Mißerfolg bereitet. Wo eine Sonntagswahl stattfindet, da mühten wir mit imposanten Wählermassen anrücken.

Rassenbericht

erhaltete Genosse Wähler. Die Kreisliste hatte eine Einnahme von 60 375,57 M. Dazu kommt der Bestand am 1. Juli 1911 in Höhe von 14 003,77 M., so daß sich die Gesamteinnahme auf 75 240,64 M. beläuft. Ausgegeben wurden 65 184,47 M. Es bleibt also ein Bestand von 10 056,17 M. — Der Redner verwies auf das ungünstige Verhältnis zwischen der nominellen Mitgliederzahl und der Zahl derjenigen, die den vollen Jahresbeitrag bezahlten. Es mühten unbedingt Maßnahmen getroffen werden, die geeignet seien, die gewonnenen Mitglieder dem Verein zu erhalten. Die Bezirke mühten sich die Hausbesuche der Restanten angelegen sein lassen. — Die Zuschüsse, welche die Kreisliste den Bezirken leistete, sei zum Teil recht erheblich. Die Bezirke mühten bestrebt sein, sich finanziell auf die eigene Kraft zu stellen und sich nicht zu sehr auf die Zuschüsse der Kreisliste verlassen.

Bericht der Lokalkommission

und betonte, daß es notwendig ist, ihre Arbeiten zu unterstützen und ihre Anordnungen zu beachten.

Diskussion

erstreckte sich auf Einzelheiten des Vorstandsberichts, besonders auf örtliche Angelegenheiten. Unter anderem vertrat die Delegierten von Pankow den Standpunkt, daß der Mißerfolg bei der dortigen Gemeindevahl nicht dem Verhalten unserer Genossen zuzuschreiben sei. Der Umstand, daß für die Wahl drei Tage festgesetzt wurden, habe den bürgerlichen Parteien einen wesentlichen Vorteil zugewandt, den sie auch rücksichtslos und mit den raffiniertesten Mitteln ausnützten. Einem solchen System gegenüber hätten wir unterliegen müssen.

Dem Bericht der Mandatprüfungskommission zufolge sind anwesend: 27 Bezirksleiter, 122 Delegierte, 18 Kreisvorstandsmitglieder, 1 Vertreter von Groß-Berlin. Es fehlen: 1 Bezirksleiter, 12 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder mit, 2 Vorstandsmitglieder ohne Entschuldigung.

Wahl der Kreisfunktionäre

hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Brühl-Lichterberg; 2. Vorsitzender: Lehmann-Friedrichsfelde; Kassierer: Wähler-Lichterberg; Schriftführer: Lorenz-Reinickendorf-Or.; Beisitzer: Maria Buchmann-Kaulsdorf; Revisoren: Andree-Weihensee, Berger-Lichterberg, Fenzler-Pankow. Aktionsausschuß: Brühl und Wähler-Präsidentenkommission; Leffer-Pankow, Aspirant; Grünbler-Weihensee. Lokalkommission: Elias-Lichterberg. Revisionskommission: Laubmann-Weihensee. Vertreterin der Frauen im Vorstand von Groß-Berlin: Maria Arendsee-Fegel. — Gemeindevorteilerausschuß: Brunow-Oberhöhnsee, Düwell-Lichterberg, Laubmann-Weihensee. — Die Wahl der Schiedsgerichtskommission wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. — Für die Wahl in den Vorstand von Groß-Berlin wurden wieder die Genossen Ernst, Böhle und Th. Fischer aufgestellt.

Statutenberatung.

Eine von der Kreisversammlung berathene Vorlage des Kreisstatuts bildete die Grundlage der Beratung und wurde schließlich mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Die hauptsächlichste Abweichung des neuen Statuts vom alten besteht in einer Änderung der Kreisleitung. Die Generalversammlung hat einen aus fünf Personen, darunter mindestens ein weibliches Mitglied, bestehenden Vorstand zu wählen. Gleichzeitig sind die Vertreter des Kreises im Zentralvorstand von Groß-Berlin und drei Revisoren zu wählen, welche den Beirat des Kreisvorstandes bilden. Die vom Vorstande nach Bedarf einzuberufenden Kreisversammlungen bestehen aus dem Vorstande, dem Beirat und je zwei Mitgliedern

der einzelnen Bezirksleitungen sowie je einem Viertelvertreter der einzelnen Bezirke und dem Gemeindevorteilerausschuß. Wie bisher gliedert sich der Wahlverein in Bezirke, zurzeit 28, die wieder in Viertel eingeteilt, welche sich aus Abteilungen zusammensetzen. Die Abteilungen bestehen aus Gruppen. (Die letzteren sind gleichbedeutend mit den Bezirken [Zahlenden] der Berliner Wahlvereine.)

Die Ausführungsbestimmungen zum Kreisstatut wurden ohne Debatte angenommen.

Dann beschloß sich die Versammlung mit dem vom Zentralvorstande aufgestellten

Entwurf des Verbandsstatuts.

Derjelbe bringt im wesentlichen einige Änderungen, die durch die Trennung des Verhältnisses zwischen den Bezirksverbänden Groß-Berlin und Brandenburg notwendig geworden sind. Zu dem Entwurf wurde ein Antrag angenommen, welcher befaßt, daß nicht auf 100, sondern auf 200 Mitglieder ein Delegierter zur Verbands-generalversammlung kommen soll, und daß den Delegierten kein gebundenes Mandat von den Kreisen erteilt werden darf. Ferner wurde ein vom Genossen Stadthagen als bevollmächtigter, vom Genossen Ernst aber als nicht zweckmäßig bescheidener Antrag angenommen, welcher verlangt, daß die Verbandsgeneralversammlung auch Vorschläge für die Kontrollkommission, die Beisitzer im Parteivorstande und der drei Mitglieder des eventuellen Parteiausschusses zu machen hat. Nach dem bisherigen Modus erfüllte der Zentralvorstand diese Aufgabe. — Abgesehen von diesen Änderungsanträgen stimmte die Versammlung dem Entwurf zu.

Schließlich kam noch ein Antrag zur Verhandlung, welcher verlangt, daß der für Groß-Berlin geltende Beschluß, wonach die Referenten auch bei Demonstrationen der Versammlung honoriert werden, aufgehoben werden soll. — Nachdem mehrere Redner für und gegen gesprochen hatten, wurde der Antrag mit 68 gegen 58 Stimmen angenommen.

Damit war die Tagesordnung der Generalversammlung erledigt.

5. Verbandstag der Tapezierer.

Am, 20. Juli.

Heute kamen im hiesigen Gewerkschaftshaus die Vertreter des Verbandes der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands zu ihrem fünften ordentlichen Verbandstag zusammen. Der Verbandsvorstand kann den Delegierten einen wesentlich besseren Geschäftsbericht unterbreiten als wie zum letzten Verbandstag vor drei Jahren, wo wir mitten in der Krise waren. Es gelang, den Rückgang der Mitgliederzahl nicht nur auszugleichen, sondern darüber hinaus die Durchschnittsmittelgliederzahl um mehr als 1000 über den je vorher erreichten Stand zu steigern. Die Geschäftslage hat sich wesentlich verbessert, wenn sie auch als gut nicht bezeichnet werden kann. Die Agitation wurde in der Berichtzeit sehr intensiv betrieben. Man bemühte sich, sie planmäßiger als bisher zu gestalten. Die Gauleitungen haben das Bezirksleitersystem weiter ausgebaut, um eine bessere Bearbeitung der kleineren Orte zu erreichen und die Kollegen dieser Orte in den Kreis der Organisation zu ziehen. Es gelang auch, in einer Reihe kleinerer Orte festen Fuß zu fassen und die Mitglieder den benachbarten Filialen anzugliedern. Auch in den alten Filialstellen ging es vorwärts. Zur Verlebung der Agitation wurden den Filialen wieder einige Flugchriften zur Verfügung gestellt.

Die Mitgliederbewegung zeigt den Erfolg der Agitation. Die Zahl der Mitglie stieg in der Geschäftsperiode von 128 auf 138 und die Mitgliederzahl von 7844 auf 9711, also um 1867. Da mit rund 16 000 erwachsene männliche Berufsangehörige zu rechnen ist, sind 60 Proz. derselben organisiert. Leider macht die Organisierung der Näherinnen keine Fortschritte. Ende 1911 zählte der Verband nur 122 weibliche Mitglieder, das sind noch nicht 10 Proz. der im Beruf Tätigen. Die Mitgliederfluktuation ist eine ganz gewaltige. In der Berichtzeit fanden 11 562 Aufnahmen 9579 Ausgänge und Austritte gegenüber. Die Kleinbetriebsform und der ausgeprägte Saisoncharakter des Gewerbes sind nach Ansicht des Vorstandes die Hauptursachen dieses Nebels.

An Lohnbewegungen waren besonders die Jahre 1910 und 1911 sehr zahlreich. Ingesamt fanden in den drei Berichtsjahren 183 Bewegungen statt, die 2865 Vertriebe mit 12 789 Kollegen umfaßten. Das Jahr 1909 zählte nur 22 Bewegungen mit 1243 Beteiligten, 1910 aber 66 mit 4206 und 1911 gar 95 Bewegungen mit 7340 Beteiligten. Die Streikenden hatten einen Arbeitsverdienstverlust von 243 809 M. Von den 183 Kämpfen endeten 134 mit 12 088 Beteiligten erfolgreich, 9 mit 376 Kollegen mit teilweisem und 23 mit 289 Beteiligten ohne Erfolg. Unbekannt blieb der Ausgang bei 17 Bewegungen mit 85 Beteiligten. Durch diese Kämpfe wurde erreicht: für 6510 Kollegen eine Arbeitsverlängerung um 11 344 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung

seine Erben haben die Pflicht, den durch den Mißbrauch verursachten Schaden zu ersetzen.“

Wuff.

Die Vollkonzerte des Philharmonischen Orchesters, deren erstes wir seinerzeit ausführlich besprochen haben, nehmen einen Fortgang, über den man sich wahrlich freuen kann. Eine Stichprobe führte uns am Sonnabend in das Konzert, das gerade in den „Germania-Prachfilialen“ stattfand. Auch hier wieder die vielen Vorgänge von damals und eine „ruhige“ Behandlung des Orchesters durch den Dirigenten, über die sich streiten läßt. Das Programm zeigte zwar keine Absicht einer einheitlichen Zusammenfassung, war aber ganz einfach entzündend: Mozarts „Kleine Radumskl“, nicht etwa klein, sondern in ihrer „Größe“ an allem mehrbar; b' Alberts Violoncell-Konzert, vor etwa einem Jahrzehnt zuerst und unter freudiger Ueberrauschung der Kemer befanntgemacht, ein im besten Sinn des Wortes „durchgearbeitetes“ Werk; und noch anderes.

Wir konnten unter der Hand auch Einblick nehmen in die Programme der 20 Konzerte, die noch bis zum 27. September, also bis zum Schluß der ganzen Sommerreihe, bevorstehen. Welch ständige und geschmackvolle Auswahl aus der Zeit seit den „Klassikern“! Fast jedes Konzert bringt trageneine sonst selten zu hörende Köstlichkeit. Allerdings gibt es dabei keine „Novitäten“. Um so interessanter der Umstand, daß sich die Köstlichkeit der Programme wohl hauptsächlich aus der Unabhängigkeit — fährt, mit der die Künstler hier aneinander walten können! Da gibt's keine Rücksicht auf Effekt, auf Sonderwünsche usw. Es würde uns freuen, wenn Gelegenheit geschaffen würde, jeweils die Programme der bevorstehenden Konzerte allgemein kennen zu lernen.

Notizen.

— Ein Museum der Werke Marées, des großen Anregers zur monumentalen Kunst, bringt sein Epistel Julius Weier-Graße in Vorklag. Er möchte etwa in München die jetzt in Neapel bedrohten und sonst in München und Berlin zerstreuten Gemälde vereinigen.

— Ein Rheinmuseum wurde in Koblenz gegründet. — Schade um den Rhein, aber er ist ja leider schon längst museumsreif.

— Hermann Heijermans, der unseren Lesern wohlbekannte holländische Dichter, siedelt von Berlin wieder nach Amsterdam über, um die Direktion der einzigen modernen Bühne Hollands, der „Tooneel-Vereeniging“ zu übernehmen, die von jeder Heijermans Stück gespielt hat.

um 22 000 M. wöchentlich für 11 385 Kollegen. Die Kosten der Bewegungen betragen insgesamt 140 175 M.

Der Tarifvertrag gewinnt im Tapezierergewerbe immer mehr an Ausdehnung; bereits zwei Drittel aller Gehilfen arbeiten unter tariflichen Verhältnissen. Am Jahreschluss 1911 unterlagen an 66 Orten mit über 11 000 Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Regelung durch Kollektivverträge mit Innungen oder Arbeitgeberverbänden. Hierzu kommen noch eine Reihe Verträge mit einzelnen Firmen. Insgesamt zählte der Verband am 31. Dezember 1911 87 Tarife für 11 600 Beschäftigte.

Nach dem Massenbericht betragen die Einnahmen 734 578 Mark und die Ausgaben 600 011 M. An regulären Beiträgen wurden 692 034 M. und an Extrabeiträgen 23 200 M. vereinnahmt. Für Unterstützungen wurden sehr hohe Summen ausgegeben. So für die Arbeitslosen 203 632 M., Kranken 32 370 M., Streik 107 846 M. und Maßregelungsunterstützung 4428 M. Das Gesamtvermögen des Verbandes stieg von 121 837 M. am Schlusse des Jahres 1908 auf 231 922 M. am Schlusse der Berichtszeit.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen neben den üblichen Berichten die Punkte: Lohnbewegung und Tarifverträge, Gewerkschaften und Agitation, Ursachen und Verhütung der Berufskrankheiten im Tapezierergewerbe und die Statutenberatung. Die Jahrestellen Heidelberg und Wien beantragen, die Frage der Verschmelzung mit den Holzarbeitern als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, während die Filiale Darmstadt und die Nordgaukonferenz lediglich eine Urabstimmung über die Verschmelzungsfrage verlangen. Insbesondere liegen 167 Anträge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vor.

Aus Industrie und Handel.

Eine Woche Hochkonjunktur.

Allgemeine Preiserhöhungen industrieller Halb- und Fertigprodukte, Neugründungen, Vergrößerungen und im besonderen Kartell-, Syndikats- und sonstige Vereinigungsmöglichkeiten gibt es zu Zeiten der guten Konjunktur in Hülle und Fülle. Der sicherste Maßstab der Wirtschaftslage sind die Nachrichten über die Preisgestaltung der industriellen Produkte. Den niemals verstummenden Klagen von der prekären Lage der deutschen Industrie, und im besonderen gegenüber ihrem Jammer, daß es gar nicht zu einer richtigen Hochkonjunktur kommen wolle, stellen wir im nachfolgenden acht Tage Tatsachen gegenüber. Wir haben einfach registriert, was die deutsche und benachbarte Industrie innerhalb der letzten vergangenen acht Tage, also innerhalb einer Woche, an Mitteilungen für die Öffentlichkeit vorzubringen hatte.

Lassen wir die Tatsachen selbst reden. Die vereinigten Verbände der deutschen Feuerzergfabrikanen und Großfirmen beschließen einmütig, auf ihre Waren einen anständigen Preisaufschlag zu legen. Der Verein der deutschen Emailierwerke entscheidet sich dahin, auf seine sämtlichen Primäwaren einen zehnprozentigen Aufschlag zu nehmen. Die durch den Verein mit allen Händlern festgelegten Rettopreise erhöhen sich somit automatisch um 10 Proz. Der Verein deutscher Eisengießereien erhöht seine Subpreise um 1 M. pro 100 Kilogramm. Die Preissteigerung wird mit Wirkung vom vierten Quartal 1912 beschlossen. Zwanzig Werke der Kleinmetallindustrie gründen einen Rohstoffellenverband, der die besondere Aufgabe zugewiesen bekommt, sofort eine allgemeine Preiserhöhung mit aller Energie durchzuführen. Die belgischen Zündholzfabriken gründen einen Trust, der eine Jahresproduktion von 700 Millionen Schachteln umfaßt. Davon gehen zwei Drittel nach dem Ausland. Erste Arbeit der neuen Vereinigung ist — Preiserhöhung. Auf dem internationalen Eisenmarkt steigen die Preise für Eisenwinkel, Bandstahl, Schweifeisenblech, Bandstahl, galvanisierten Bandstahl usw. Dreißig der deutschen Fabriken für Patentmatrizen schaffen sich eine neue Organisation. Im besonderen deswegen, weil sich das Großverkaufsgeschäft nicht mehr genügend rentiert. Der Kleinverleiher hat dauernd hohe Gewinne abgemerkelt. Dasfeld soll für die Zukunft auch beim Großverkauf bestehen. Die oberösterreichischen Eisenwalzwerke erhöhen ihre Preise für Handelsstabeisen und Bandstahl. Die neuen Wehrforderungen treten mit dem Beginn des vierten Quartals in Kraft. Die Vereinigung der französischen Holzproduzenten erhöht die Preise für Hüttenlohn pro viertes Quartal um ein ganz erhebliches. Der deutsche Stahlwerksverband befaßt sich mit der Verringerung der Exportbonifikation und der Verringerung der Ausfuhr von Halbzeug. Der Inlandsabfab steigt zu fortwährend besseren Preisen. Die österreichischen Schäftefabrikanen organisieren sich in einem festen Kartell. Zweck: allgemeine Preiserhöhung, Bekämpfung der billigen Produktion und der Schleuderwarenlieferung.

Das ist die Arbeit der internationalen Industrie von auch nur einer Woche! Sie zeigt uns, daß die Großproduktion sich wieder einmal in günstigsten Verhältnissen sonnt.

Soziales.

Geburtenrückgang.

Das Gespenst der Bevölkerungsabnahme spukt im Blätterwalde. Zwar konstatiert die Statistik immer noch einen Geburtenüberschuß, aber er ist das Resultat vermindelter Sterblichkeit. Mutter Germania zittert vor der Stunde, die mit dem ersten Minus den Abstieg beginnen läßt. Nun hat sie wenigstens den Trost des Angebotes einer Menge Rezepte, die ihre Fruchtbarkeit erhöhen, sie vor der Schande offenkundiger Impotenz bewahren sollen. Die frommen empfehlen Missionen. Sie wirken angeblich besser als wie Marienbad. Gewiß, die Liberalen predigen die Pflicht ehelichen Fleißes, aber das reicht doch schon nicht mehr aus, um die eventuellen erforderlichen Missionen auf die Beine zu bringen. Zudem lehren und die Erfahrungen im katholischen Frankreich, im ordentlichen Oesterreich, daß fromme Ermahnungen die Wehleidenschaft einer behämmerten erleuchteten Regierung, von der andere Zeitgenossen besuchende Wirkungen erwarten, versprechen nicht viel. Und schließlich ist auch ein sinnloses Produzieren und Wiedervernichten nicht die Aufgabe Vernunftbegabter.

Mit moralisierenden Predigten ist gegen die aus dem Boden sozialer Kräfte und Ursachen erwachsende Erscheinung nichts zu machen. In den bestehenden Schichten fördert krasser Egoismus, der von der Erbschaftsteuer eine Vernichtung des Familienfinances befürchtet, die Kultur des Zweikindersystems. Man möchte den Kindern gern als erstes Geburtstagsgeschenk einen für das ganze Leben ausreichenden Rentenbrief in die Wiege legen. Und in den werktätigen Volksschichten, bis weit in die Landbevölkerung hinein, läßt die rücksichtslose Profitgier den Gedanken an eine beschränkte Kinderzahl mehr und mehr Herrschaft gewinnen.

Die Verteuerung der Lebenshaltung als Resultat der herrlichen Wirtschaftspolitik der Junker und Pfaffen macht sich in dieser Beziehung doppelt bemerkbar. Es liegt nahe, daß die um des Lebens Notdurft hart Ringenden durch Kleinhalten der Kinderzahl sich die wirtschaftliche Existenz zu erleichtern suchen. Die fortgeschickte Erschöpfung der Existenz treibt immer mehr verheiratete Frauen zur Erwerbsarbeit. Eine deutliche Sprache reden hier die Berufszählungen, welche ergaben:

	1895	1907	Steigerung in %
Erwerbstätige im Hauptberuf	19 849 014	25 088 883	29
Arbeiterinnen: ledige	8 146 574	4 199 107	83
verheiratete	1 023 788	2 777 253	171
verwitwete u. geschiedene	917 433	978 827	6,9

Nach der Berufszählung von 1907 war schon fast die Hälfte

der Arbeiterinnen verheiratet, während bei der Zählung 12 Jahre vorher auf jede verheiratete Arbeiterin fast 3 ledige kamen. Die riesenhafte Zunahme der erwerbstätigen verheirateten Frauen springt hier klar in die Augen. Daß die Proletarierinnen nicht aus Uebermut sich in die dumpfen heißen, mit verpesteter Luft geschwängerten Werkstätten einpersuchen, daß sie nicht zum Vergnügen ihr enges Heim zu einer Heimarbeiterhöhle machen, braucht kaum versichert zu werden. Höchstens Leute aus den schmarotzenden Schichten, die Lohnarbeit nur aus Hörsagen kennen, könnten glauben, proletarische Frauen und Mädchen gingen ohne von Not gezwungen zu werden, in die engen Treilmühlen der Lohnsklaverei.

Die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen wirkt aber nun in vielfacher Hinsicht großem Kinderlegen entgegen. In starkem Maße reizt zur Vorbeugung das Motiv, das überhaupt die Erwerbsarbeit notwendig macht: die Sorge um die Existenz! Dann kommt in Betracht, daß die Schwangerschaft für erwerbstätige Frauen besondere Beschwerden im Gefolge hat. Sie stört und hindert bei mancher Arbeit und sie erfordert ein längeres Aussehen. Das liebt der Unternehmer meistens nicht. Die Schwangere wird daher leicht arbeitslos. Diese Gefahr sucht man zu vermeiden; dies um so mehr, weil ein Zuwachs nicht nur vermehrte Ausgaben verursacht, sondern die Mutter auch vielfach an der Fortsetzung der Arbeit, das heißt, des Erwerbes verhindert. Das wirtschaftliche Moment der Schwangerschaft und Geburt spielt bei der verheirateten Proletarierin eine viel größere Rolle, als wie bei der Haushälterin. Wo die harte, die unerbittliche Not die Mutter bald wieder in die Fabrik treibt, wo die jungen Menschenpflanzen der Pflege und Aufzucht entbehren müssen, da wollen sie in Scharen dahin: wellen und verderben!

Als anderer Hauptschuldiger sowohl an der Geburtenabnahme wie auch an der vermehrten Säuglingssterblichkeit ist das Versagen der Sozialpolitik, der Mangel eines ausreichenden Mutter- und Säuglingschutzes anzusprechen. Wer hier gefündigt, der kann auch die Verantwortlichkeit für Geburtenrückgang und massenhaftes Menschenvernichten nicht ablehnen!

Die Sozialdemokratie allein ist in dieser Hinsicht von Schuld und Fehler frei! Sie verlangt eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Arbeitszeit für Arbeiterinnen. Die frommen und sogenannten Rationalen waren nicht dafür zu haben! Die Sozialdemokratie fordert ausreichende Schonzeit für Schwangere und junge Mütter und fordert die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz durch eine dem Lohn gleiche Unterstützung. Zenträmmer, Konserbative, Nationalliberale usw. lehnten alle dergleichen Anträge ab. Der Hauptwortmacher des Zentrums, Herr Mathias Erzberger, erklärte in einer Versammlung aus Sittlichkeitsgründen hätte das Zentrum eine achtwöchentliche Schwangerenunterstützung für die in Landkrankenanstalten versicherten Arbeiterinnen abgelehnt. Andersfalls bestände die Gefahr, daß Dienstmädchen und Ledige jedes Jahr ein unheiliges Kind zur Welt brächten, nur um sich ellihe Wochen auf Kosten der Krankenkassen ins Bett legen zu können.

Und nun sollen die Missionen helfen! Die Einrichtung von Stillstuben, Säuglings- und Kinderheimen usw., das alles sind sozialdemokratische Forderungen und geeignet, der Kinderbeschränkung und Kindervernichtung entgegen zu wirken. Dergleichen sozialen Maßnahmen stehen aber gerade jene Elemente gegenüber, die nun nach Hilfe gegen Entvölkerung schreien und am liebsten gar die Sozialdemokratie für den Geburtenrückgang verantwortlich machen möchten. Wer diesem ernstlich entgegenarbeiten will, muß Mutter- und Säuglingschutz und Abkehr von der die Lebensmittel vertuernden Wirtschaftspolitik fordern und — wollen!

Gerichts-Zeitung.

Große Ausschreitung gegen Gemeindevertreter.

Die Gemeindevertretung von Waidmannslust hatte eine Kommission eingesetzt, welche ein Gesuch des Dr. Leonhardt um Erweiterung seiner Privatirrenanstalt zu prüfen hatte. Der Kommission gehörten der bürgerliche Gemeindebevollmächtigte Michaelis sowie unsere Genossen Lusche und Restin an. In der Gemeindevertreterversammlung am 11. Januar d. J. befürwortete die Kommission einmütig das Gesuch Dr. Leonhardts, die Mehrheit der Versammlung lehnte es jedoch ab. Schlossermeister Siegmund, der ein Grundstück in der Nachbarschaft der Irrenanstalt besitzt, war ein scharfer Gegner der Erweiterung der Anstalt. Als dieser Gegenstand in der Gemeindevertreterversammlung behandelt wurde, war Siegmund als Zuhörer anwesend. Er ärgerte sich über die von den Kommissionsmitgliedern vertretenen Ansichten. In dieser Stimmung besuchte er die Versammlung des Grundbesitzervereins. Nach Schluß derselben trat er im Schankraum des Vereinslokals den Gemeindebevollmächtigten Michaelis, dem er die heftigsten Vorwürfe wegen der Befürwortung des Gesuchs Dr. Leonhardts machte. Bei dieser Gelegenheit beschuldigte Siegmund den Herrn Michaelis, daß er in der Gemeindevertretung bewußt die Unwahrheit gesagt habe. Als Michaelis dagegen fragte: „Wollen Sie behaupten, daß ich gelogen habe?“ rief ihm Siegmund zu: „Jawohl. Wir wissen, wie es gemacht wird. Sie und die beiden Sozialdemokraten — Dr. Leonhardt, hier.“ Dabei machte Siegmund vor den Augen des Herrn Michaelis mit Daumen und Zeigefinger die Gebärde des Geldzählens. Er hat also sagen wollen, die drei Kommissionsmitglieder hätten sich von Dr. Leonhardt bestechen lassen.

Die drei so gräßlich beleidigten Gemeindevertreter stellten Strafantrag, aber das Schöffengericht sprach den Angeklagten Siegmund frei, weil es annahm, er habe die beleidigenden Äußerungen in Wahrnehmung berechtigter Interessen getan.

Die Beleidigten, die als Nebenkläger auftraten, legten Verurteilung ein. Vor dem Landgericht III, wo gestern die Angelegenheit verhandelt wurde, erklärten die Nebenkläger auf einen Vergleichsversuch des Vorsitzenden, an einer Verurteilung des Angeklagten liege ihnen nichts, sie wollten nur festgestellt sehen, daß sie sich keiner pflichtwidrigen Handlung schuldig gemacht haben. Wenn der Angeklagte eine dahingehende Erklärung abgibt, würden sie den Strafantrag zurücknehmen. Daraus ging aber der Angeklagte nicht ein, obgleich er erklärte, er habe den Nebenklägern nicht vorgeworfen, daß sie sich hätten bestechen lassen und er könne ihnen einen dergleichen Vorwurf gar nicht machen. — Durch die Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß Siegmund die betreffenden Äußerungen tatsächlich gemacht hat.

Die Vertreter der Nebenkläger — Rechtsanwalt Leby II für Michaelis, Dr. Siegfried Weinberg für Lusche und Restin — suchten das freisprechende Urteil erster Instanz an, weil es dem Angeklagten zu Unrecht den Schutz des § 193 zugebilligt habe, denn nach Lage des Sachverhalts könne gar keine Rede davon sein, daß der Angeklagte berechtigten Interessen zu vertreten hatte.

Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gericht. Es verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 100 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde u. a. gesagt: Wenn der Angeklagte auch ein berechtigtes Interesse hatte, gegen die Erweiterung der Irrenanstalt aufzutreten, so sei doch der Viertisch nicht der Ort, an dem er seine berechtigten Interessen vertreten konnte. Der Angeklagte habe den Nebenklägern in ihrer Eigenschaft als Gemeindebevollmächtigte den denkbar schwersten Vorwurf gemacht, indem er die unwahre Behauptung aufstellte, sie hätten sich bestechen lassen. Er würde zu einer wesentlich höheren Strafe verurteilt worden sein, wenn nicht die Nebenkläger gesagt hätten, ihnen liege nichts an einer hohen Strafe. Der Angeklagte hat außer der Strafe und den Gerichtskosten auch die notwendigen Auslagen der Nebenkläger zu bezahlen.

Tendenzprozeß.

Gegen den Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Der freie Arbeiter“ hatte gestern die 1. Ferienkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Aufreizung zum Klassenhaffe zu verantworten. Angeklagt war der Redakteur Berthold Cahn, welcher die Nummer vom 27. April d. J. des „Freien Arbeiters“ verantwortlich gezeichnet hatte. In dieser waren zwei Artikel „Die Kaiserzeit“ und „Die Revolution lebt“ von Herwegh enthalten, deren Inhalt nach Ansicht der Anklage Vergehen gegen die §§ 110 und 130 St.G.B. enthielten. Nach längerer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis, da es sich um „recht gefährliche Geheimpolitik“ handelte. Das Urteil lautet auf 2 Monate Gefängnis.

Derartige Prozesse sind ihrer Natur nach gegen die politische Gesinnung des Angeklagten gerichtet. Es sind politische Tendenzprozesse, deren Verschwinden dem öffentlichen Frieden dienlicher wäre, als ihre eifrige Propagierung. Solche Prozesse stellen dem Richter, der ein Gegner der politischen Ansicht des Angeklagten ist, vor die kaum löbliche Aufgabe, gerecht zu sein. Je entfernter die politische Auffassung der Richter der des Angeklagten ist, desto leichter wird zum Gegenstand der Urteilsfällung nicht die Tat, sondern die Gesinnung des Angeklagten gemacht. Dies Resultat widerspricht vernünftigem Rechtsempfinden, entspricht aber einer Klassenjustiz. Und nur von dem Standpunkt aus, daß eine Klassenjustiz weniger nach der Tat, die allein den Gegenstand einer Anklage bilden sollte, als nach der Person des Täters und seiner politischen oder sozialen Stellung richtet, ist das überaus hohe Strafmaß erklärlich, wenn schon das Gericht die Schuldfrage bejahen zu müssen glaubte. Ist aus den Artikeln „Kaiserzeit“ usw. eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Aufreizung zum Klassenhaffe zu konstruieren — weshalb baut dann die Staatsanwaltschaft keine Anklage gegen die Aufforderer, Begünstiger und Anstifter zu Duellen? Liegt da kein Ungehorsam gegen die Gesetze, nicht sogar ein bandenmäßiges Zusammenschließen gegen die Gesetze und eine Teilnahme an einer Verbindung vor, zu deren Zwecken es gehört, Maßregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel zu hindern und jederzeit sich zur Begehung des Duellverbrechens bereit zu erklären? Weshalb geht die Staatsanwaltschaft gegen die Liga der Duellsege mitamt deren Ehrengerichteten nicht vor, während sie sich so eifrig bemüht, aus politische Artikel eines politischen Gegners „recht gefährliche Geheimpolitik“ zu konstruieren? Die Duellsege sind Anarchisten dunkelster Art, bilden ein jederzeit zu frecherster Geheimpolitik bereit Komplotz — weshalb klagt man diese Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht an, und klagt Artikel an, die doch nur bei gewöhnlicher Deutung schlimmstenfalls zu Geheimpolitik auffordern? Liegt die Verschiedenartigkeit der Anwendung und Auslegung des Gesetzes in der Verschiedenartigkeit der politischen Tendenz der Täter?

Ein Geheimmittelschwindel vor Gericht.

Die Firma Wasmuth u. Cie., Hamburg, deren Spezialität „Hühneraugenringe in der Uhr“ sind, erludt uns um Mitteilung, daß sie mit Vollrath Wasmuth, der kürzlich wegen Beleidigung des Leibarztes der Königin von Holland verurteilt wurde, nichts zu tun hat. Inhaber der Firma Wasmuth u. Cie. ist August Wasmuth, der mit dem Inhaber der Amol-Dezilliererie, des Nord-So und des Lakto-Verbands Vollrath Wasmuth nicht identisch ist und mit seinem Namensvetter nicht verwechselt werden möchte.

Bernunft wird Insan, Wohltat Plage.

Der Hausverwalter Jabel in Stettin hatte mit einer Frau Bedert einen Mietsvertrag geschlossen, in dem ausdrücklich die Bedingung aufgenommen worden war, daß die Mieterin ihren Ehemann nicht in die Wohnung aufnehmen dürfe. Trotzdem hielt sich der Mann dort einige Zeit auf, bis der Verwalter seine Entfernung durch in Anspruchnahme des Gerichts erzielte. Da der Verwalter davon ausging, daß es sich um einen rechtswidrigen Aufenthalt des Mannes handelte, so hatte er ihn nicht der Polizei gemeldet. Trotzdem wurde er angeklagt auf Grund der Stettiner Melde-Polizeiverordnung, weil er den Aufenthalt des Mannes in der Wohnung nicht innerhalb der Meldefrist bei der Polizei angemeldet habe.

Das Landgericht in Stettin als Berufungsinstanz verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Wahgebend sei der Aufenthalt des Mannes in der Wohnung. Auf die Rechtswidrigkeit des Aufenthalts komme es nicht an.

Legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf aber dieser Tage die Revision mit folgender Begründung: Der Senat könne dem Angeklagten nicht helfen. Die Polizeiverordnung verlange eben die Anmeldung solcher Personen, welche länger als 24 Stunden im Hause wohnen beziehungsweise sich aufhalten. Solche Personen müßten eben innerhalb der vorgeschriebenen Frist angemeldet werden. Gewiß habe Angeklagter das Recht gehabt, den Mann auf gerichtlichem Wege zu entfernen, wovon er ja auch Gebrauch gemacht habe. So lange der Mann aber in der Wohnung war, war er anzumelden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 7.		am 20. 7.		
	cm	cm ³	cm	cm ³	
Remel, Ilft	74	-3	Saale, Großh.	46	+10
Bregel, Ankerburg	-1	+2	Saale, Spandau	20	-6
Wischel, Horn	24	0	Salzungen	-14	-16
Oder, Rathor	87	-1	Spree, Spremberg	60	+4
• Krossen	69	+1	Bestrom	76	-1
• Frankfurt	66	-5	Weser, Minden	100	0
Wesche, Schrimm	-36	0	• Minden	185	+1
• Landsberg	-51	-2	Weser, Maximiliansau	485	+7
Rege, Borchum	-39	-1	• Raab	233	0
Elbe, Reimert	-15	+23	• Rön	204	0
• Dresden	-181	+13	Redar, Gellbronn	52	+10
• Barby	46	-5	Weser, Hanau	99	+1
• Magdeburg	50	-4	Weser, Xler	-2	+6

) + bedeutet Wuchs, - Fall -) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9^{1/2} Uhr abends — Sonnabends von 4^{1/2} — 6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Fahrstuhl) statt.

No. 1. Wenn Ihre Frau ein Testament nicht macht und es sind keine oder Kinder nicht vorhanden, erben die Eltern Ihrer Frau die Hälfte.

Table with weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-50,00. Spätschöhen, weiße, 30,00-50,00. Linen 40,00-80,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 10,00-16,00.

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Juli 1912. Vielmal heiter und am Tage warm bei mäßigen nordöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Ihre Frau kann die Hypothek auf Ihren Namen umschreiben lassen. - S. 13. Ihr Reife muß für das Kind zahlen, selbst wenn die Mutter einen anderen heiratet.

Wartungsbericht von Berlin am 20. Juli 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel)

Todes-Anzeigen

Am Sonnabend, den 20. Juli 1912, nachmittags 9 1/2 Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt Oskar Kay im 51. Lebensjahre.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Georg Hahne am 21. d. Mts. gestorben ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied aus der 6. Abteilung (Gantjardetel) Oskar Kay am Sonnabendnachmittag verstorben ist.

Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Am Sonntag, den 21. Juli, verstarb nach langem schwerem Leiden unser Kollege, der Schriftgießer Paul Ehlert.

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau. Am Mittwoch, den 17. Juli, verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Rauher A. Lippelt.

Statt jeder besonderen Anzeige. Am Sonntag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, wurde unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Richter, kurzzeit Soldat Ernst Heinrichs infolge eines Unglücksfalls, im 24. Lebensjahre, plötzlich aus dem Leben gerissen.

Dankagung. Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben unvergesslichen Gattin und treuherzigen Mutter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Dankagung. Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Leidtragenden, besonders dem Beerdigungsverein und Gattinvereinen unseren herzlichsten Dank.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie Genossen und Genossinnen die traurige Nachricht, daß am Sonnabend meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegermutter Olga Schnieber geb. Grosse im Alter von 50 Jahren nach kurzem aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin. Am Mittwoch, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Ankerordentl. Mitgliederversammlung der drei Branchen im großen Saale der Sophienhalle, Sophienstraße 17/18.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. - Ortsverwaltung Berlin. Achtung! Glaschleifer und Glasbläser! Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17: Quartals-Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen: Bürstenmacher. Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß, Holzmarktstraße 65.

Perlmull-, Horn- und Steinnußarbeiter. Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.

Haarschmuckarbeiter. Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstraße 21.

Bodenleger. Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.

Bilderrahmenmacher. Donnerstag, den 25. Juli, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Stellmacher. Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12.

Spezialarzt f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606“ usw. Dr. Homeyer, Friedrichstr. 81, Panoptikum.

Ohne Anzahlung. Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche u. Decken. Kleine Ratens- u. billige Preise! Keine Restloshaltung! Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstoff.

IN EILE. Continental Gummi-Absätze. Enorm haltbar. Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H. Schwelm i. W.

Heinrich Franck. Tel.: Amt Ndn 4352. Brunnenstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet. Mexiko-Decke. Seedleaf-Aufarbeiter.

Pollmanns Bandagen. Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc.

Bekanntmachung. Die in der Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Größe vom 30. April 1912 beschlossenen Änderungen der §§ 13, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

H. Pfau, Bandagist. Berlin, Dircksenstr. 20. C. Dirksenstraße 20. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstoff.

Der Vorstand. O. Raugguth, II. Vorsitzender. Genehmigt. Potsdam, den 27. Juni 1912. (L. S.) Namens des Bezirksausschusses. Des Vorsitzenden. Die Vertretung. D. 6235. Unterschrift.

Rechtsanwältin. Berlin-Größe, den 21. Juli 1912. Obige Änderungen treten mit dem 23. Juli 1912 in Kraft. Der Vorstand. O. Raugguth, II. Vorsitzender.

In Gashas Auktionslokal Blumenstr. 7, werden jeden Dienstag und Donnerstag Versteigerungen abgehalten. Möbel, Damenkleider, Wäsche, Kinderkleider abgehalten; für geb. Möbel, Wirtschaftssachen, wird Vorverkauf gestattet.

Steppdecken. Sonderofferte! Nur diesen Monat!! Purpur doppel-seitig 2,95, 3,95. Cretonne-Steppdecken 2,95, 3,95. Trikot doppel-seitig 4,95, 6,00. Similseide bord. 3,95, 6,00. Normal-Schlafdecken 110 250 350. Kamelhaardecken 10,- 24,00. Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158. Spezial-Katalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

JOSETTI CIGARETTE. 25 Stk. LUDKE. A large advertisement for Josetti cigarettes featuring a pack of 25 cigarettes and the brand name in large letters.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 22. Juli, findet ein Familienausflug nach Kiefernau bei Köpenick statt.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 6. August, abends 8 Uhr, findet in den Konfordinale die Generalversammlung statt.

Neukölln. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Warsche Festhale, Hermannstr. 49, die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Mariendorf. Mittwochabend pünktlich 8 1/2 Uhr, findet bei Bruch, Kurfürstenstr. 44, die Fortsetzung unserer Generalversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Su den Bauunfällen bei den Museumsbauten

wird uns berichtet: Seit dem 27. Juni dieses Jahres haben sich bei den Museumsbauten auf der Museumsinsel vier schwere Bauunfälle ereignet, die zeigen, daß die zum Schutze der Bauarbeiter erlassenen polizeilichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften durchaus nicht so beachtet werden, wie erforderlich.

Am 27. Juni wurden beim Aufziehen von Baumaterial in einem Kibel, der sich freischwebend an einem Kran bewegte, zwei Gerüstbohlen besetzt, um mit in die Höhe befördert zu werden. Was für jeden Einsichtigen von vornherein klar war, geschah.

Am 15. Juli stieg ein Wasserträger eine Leiter hinauf und hatte in der üblichen Weise an den eingeleiteten Enden einer Latte je ein Gefäß mit Wasser über die Schulter gelegt. Während aber allgemein die Gefäße mit einem Kugel aus einem Hanfstrick über die Latte gelegt werden, der ein Abrutschen verhindert, hatte in diesem Falle der Arbeiter am hinteren Ende der Latte eine Siebkanne mit ihrem Metallbügel angehängt.

Der Verkehr unter schwebenden Lasten ist zu untersagen. Beim Aufbringen, Aufwinden, Auffahren oder Abbringen von Rüstungs- oder Baumaterial ist darauf zu achten, daß sich die Arbeiter so aufstellen, daß sie bei einem Bruch der Aufzugsvorrichtung oder ähnlicher Zufälle nicht zu Schaden kommen können.

Am 8. Juli fiel der Arbeiter Wehler etwa 14 Meter von einer Mauer herab und mußte vom Platze getragen werden. Die Tageszeiten melden, der Mann müsse wohl einen plötzlichen Schwindelanfall erlitten haben und sei dadurch heruntergefallen.

Auch dieser Unfall hätte sich vermeiden lassen. Es ist eigenartig: vorher war an dieser Stelle kein Schutzeländer für den Arbeiter, nachdem aber der Unfall eingetreten, wurde der Brunnen zugedeckt, das Schutzeländer war da. Heute hat sich die Situation schon wieder etwas verschoben, der betreffende Arbeiter steht jetzt auf einem Absatz des Kranes selbst, der aber hierzu nicht geeignet ist.

Und nun der letzte Unfall vom 19. Juli. Als Zugang zu einer Arbeitsstelle ist nicht eine der üblichen Bauleitern aufgestellt, sondern eine Leiter, wie sie bei der Herstellung der Leitergerüste durch die Gerüstbaugeschäfte benutzt werden. Diese Leitern haben bedeutend weiteren Abstand zwischen den einzelnen Sprossen, ja vielfach sind Sprossen ganz heraus genommen, um den auf der Fassadenrüstung tätigen Arbeitern ein besseres Durchgehen zu ermöglichen. Von dieser Leiter ist der Maurer Rehtler heruntergefallen, als er heruntersteigen wollte. Behauptet wird auch, daß nach dem Unfall die Leiter weggeschafft worden ist; jedenfalls sollte sich die Bauleitung hierzu äußern.

Es ist offen zuzugeben, daß der Bauleitung bei diesem Bau große Schwierigkeiten durch die schlechten Grundverhältnisse entstehen. Aber über die technischen Schwierigkeiten und deren Überwindung darf nicht vollkommen das Wohl der am Bau beschäftigten Arbeiter vergessen werden. Welche krassen Gegenstände sich dadurch ergeben, sei an einem Beispiel bewiesen. Um die Proben gebend aufzubewahren zu können, die bei den Bohrungen zur Begründung des Baugrundes gemacht werden, ist besonders eine große, lichte Rinde gebaut worden, während die Arbeiter in den Gewölben untergebracht sind, die nur sehr kleine Öffnungen haben und jede Ventilation vermissen lassen. Für die Verwaltung des Baurats ist jetzt ein massives, helles Bauwerk gebaut worden. Während auf dem ganzen Bauplatz die Übergänge und exponierten Stände, auf denen die Arbeiter beschäftigt sind, Schutzeländer sehr oft vermissen lassen, wie oben schon gerügt, ist das Schutzeländer um dieses ebenfalls freistehende Gebäude schon fertig. Man kann also auch anders.

Auch sonst geben die Verhältnisse auf dem Bau den Arbeitern zu vielen Klagen Anlaß. Die Maurerarbeiten sind der Baufirma J. Fränkel übertragen, deren Polier Zepernik sehr selbstherrliche Manieren an sich hat. Unter anderen hat dieser auch die Anordnung getroffen, daß die Zeit, die die Arbeiter auf der Arbeitsstelle gebrauchen, um von der Arbeit und wieder zurück an dieselbe in den Erholungsphasen zu gelangen, in die Pausen fällt. Mit anderen Worten heißt dies, es wird früh statt um 7, schon fünf Minuten vor 7 Uhr zum Arbeitsbeginn geblasen, daselbst geschieht Frühstück, Mittags und Vesper.

Es ist auf dem Museumsbau schon eiltsche Male zu Arbeits-einstellungen gekommen. Einmal aus dem Grunde, weil in einer sehr tief gelegenen Baugrube die Absteifung ziemlich mangelhaft war und den Arbeitern keine Sicherheit zu gewähren schien. Sehen die Dinge so weiter, wie gegenwärtig, sind Bauleitung und bauausführende Maurerfirma jeder besseren Einsicht abhold, so werden über kurz oder lang sich die Verhältnisse dort wieder so zuspitzen, daß die Arbeiter jede Verantwortung für Dinge ablehnen müssen, die dann eintreten können und die für jeden Einsichtigen verständlich sind.

Allen Bauarbeitern, insbesondere aber den Maurern, sollten die Vorgänge auf diesem Bau Ursache sein, ihre Organisation zu stärken, um selber besser einzugreifen, wenn die Aufsichtsorgane sich ihrer Pflicht nicht bewußt sind.

Die Jungdeutschland-Bewegung treibt die kurosesten Blüten. Selbst in der schönen Ferienzeit läßt man dem Nachwuchs der Bourgeoisie keine Ruhe, um sie zum Soldatenspiel zu drillen. Es heißt zwar geflissentlich, daß die junge Welt aus sich selbst heraus patriotisches Talent entdeckt. Aber man weiß ja, wie es gemacht wird, und daß die erwachsenen Drahtzieher nicht weit entfernt sind. In den Ost- und Nordseebädern haben sich Bürgerkinder, auch solche aus Berlin, zu Bataillonen und Regimentern zusammengeschlossen, um „die Freude am Waffenhandwerk und die vaterländische Bestimmung zu pflegen“.

Denkende Ausländer, die in deutschen Seebädern diesem Rinerpiel zusehen, werden dafür schwerlich mehr als ein heiteres Lächeln übrig haben. Im Ernstfalle kommt ja doch gewaltig anders.

Eigenartige Naturkenntnisse entwickeln in dieser hundstagsheißen Zeit die Lokalblättchen einiger Berliner Vororte. Man ist es ja gewohnt, daß sie ihren Lesern gern und oft allerlei Mäuschhaufaden aufstischen; aber gegenwärtig blüht die Saure Gurke doch zu üppig, als daß sie nicht ein bescheidenes Blättchen in solch einem Vorortblättchen beansprucht. So wird u. a. konstatiert, daß die Linden infolge des seuchigen Frühjahrswetters schwer mit einem außerordentlich saftreichen und üppigen Wachstum gesegnet seien. Die Lindenblätter glänzen nicht nur „wie lackiert“, sondern es machen sich unter manchen Bäumen „wahre Petfleder“ vom heruntertropfenden Saft bemerkbar. Vielleicht wird das Schmalz nun nächstens billiger, indem „Lindenblätterfett“, das von jedem leicht aufgesaugen werden kann, an Stelle von Palmöl und Margarine tritt. Da scheinen eben nicht nur die Lindenblätter „lackiert“ zu sein, sondern auch die Zeitungsschreiber, die sich mit diesem Lindenblattfett salben ließen. Die gegenwärtig nicht nur unter Linden, sondern auch unter zahlreichen anderen Bäumen zu findende gähe Flüssigkeit, mit der ganze Blattpartien förmlich über-schmiert sind, rührt vom Ungeziefer her, das in diesen heißen Tagen wieder recht stark austritt. In der Hauptsache sind es Blattläuse, die mit ihrem Unrat Blätter und Erdbeeren besprengen. Der in Sichtbarkeit tretende „Saft“ stammt daher aus einer ganz anderen Quelle, die mit dem Wachstum und der Leppigkeit der Bäume in diesem Jahre absolut nichts zu tun hat. Jeder Gärtner oder die Natur beobachtende Laie hätte der die Lindenblattfettflecke konstatierenden Zeitungsschreiberseelen gut und gerne Auskunft geben können.

Ein Rottfrel der Treptower Landeskolonisten. Und wird geschrieben: „Ein himmelstreichender Zustand ist es, unter dem die Landeskolonisten in Treptow längs der Köpenicker Landstraße zu leiden haben. Infolge der Pflasterung der Parkstraße geht der gesamte Wagen- und Automobilverkehr durch die Köpenicker Landstraße. Einmal und rechts der nur primitiv und schmal gepflasterten Straße liegt Staub und loser Sand feinst, den die unablässig vorbeiratternden Automobile aufwühlen und so eine Staubwolke nach der anderen über die Kolonisten und ihre Gärten ziehen. Nach diesen die Kolonisten vornehmlich der Erholung und teuer, ja zu teuer schon, ist die Pflasterung eines friedlichen Erde. Kann unter diesen Umständen von einer Erholung noch die Rede sein?“

Im Gegenteil, die Staubplage wird gerade zu einer Gesundheitsgefahr für Menschen und Pflanzen. Die Kolonisten haben sich schon vor längerer Zeit an die Behörden mit der Bitte um Abhilfe gewandt, bis jetzt aber vergeblich. Vielleicht hilft hier endlich ein Appell an die Öffentlichkeit.

Veteranenlos. Ein bedauernswertes Ende fand am letzten Sonntag der 70jährige Franz Wilhelm Drug, ein Veteran des Deutsch-Französischen Krieges. D. hatte den Feldzug 1870/71 mit Auszeichnung mitgemacht und auch an der Schlacht von Mars-la-Tour teilgenommen; er war Inhaber von vier Orden und Ehrenzeichen. Schon seit mehreren Jahren war der Greis kränzlich und konnte infolgedessen Arbeit nicht mehr verrichten. Er geriet in bittere Not und war zuletzt auch wohnungslos. Am Sonntagnachmittag passierte Drug den Platz an der Däffelborfer Straße zwischen der Sächsischen und Wäckerbergischen Straße in Wilmersdorf, als er plötzlich inmitten einer Schar spielender Kinder besinnungslos zusammenbrach. Ein Arbeiter fing den Ertrunkenen in seinen Armen auf und leistete ihm Beistand. D. verstarb jedoch schon nach wenigen Augenblicken. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod des alten Kriegers infolge Hungers und vollständiger Erschöpfung eingetreten war. Die Leiche wurde nach der Halle in der Berliner Straße geschafft.

Von einem schweren Schiffstotschlage wurde gestern die Familie Winkler aus der Rheindorfer Str. 62 betroffen. Als am Sonntagabendnachmittag der 88 Jahre alte Fuhrmann Karl Winkler mit seinem Zweirad von der Linienstraße kommend die Alte Schönhauser Straße kreuzen wollte, wurde er von einem Straßenbahnwagen der Linie 55 (Reich-Danziger Straße) überfahren und auf der Stelle getötet. Man brachte ihn noch zur Hilfswache in der Reibelfstraße, doch mußte er von dort gleich nach dem Schauhaufe geschafft werden. Vorgestern abend erhielt die ebenfalls 88 Jahre alte Frau Johanna Winkler von der Reibelfwache den Bescheid, daß sie nach dem Schauhaufe kommen möchte, weil ein Mann überfahren und getötet worden sei, der allem Anschein nach ihr Ehemann sei. Die Frau fuhr darauf sofort mit ihrer Schwester nach dem Leichenschauhaufe, wo sie in dem Getöteten ihren Mann wiedererkannte. Kaum hatte sie seine Leiche gesehen, da fiel sie in eine Ohnmacht, von der

sie sich aber wieder erholte. Nach Verlassen des Schauhauses kurz vor der Charité fiel sie besinnungslos um. Sie wurde nach der Charité gebracht, wo die Frau am Sonntagmittag starb. Durch diesen tragischen Vorfall sind vier Kinder im Alter von 6-14 Jahren ihrer Eltern beraubt worden.

Zu der Ermordung des Fortanführers Scherf zu Frohnau teilt der Erste Staatsanwalt bei dem königl. Landgericht III mit: Auf Grund des Ausfalles der fortgesetzten Ermittlungen nach dem Mörder des Försters Scherf zu Frohnau ist nunmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß der Täter identisch ist mit dem Schlosser Fritz Pieper aus Berlin, der am 20. Mai d. J. im Rautener Forst im Kampfe mit der Gendarmenriege zu Tode gekommen ist.

Aus einem Schnellzug herausgestürzt und getötet. Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden der 22-jährigen Tochter Ely des Wäckermeisters Grundling gefunden. Das junge Mädchen hatte vor einigen Tagen eine Reise von Berlin nach Erfurt angetreten, war aber nicht am Reiseziel angelangt. Man hatte anfangs befürchtet, es sei Mädchenhändlern in die Hände geraten. Leider sollte das Verschwinden eine andere traurige Aufführung finden. Wie bereits gemeldet, war in der Nähe der Station Jüterbog auf den Gleisen der verstümmelte Leichnam eines jungen Mädchens gefunden worden und jetzt hat man in der Toten die Tochter des Berliner Wäckermeisters G. rekonstruiert. Wahrscheinlich hat sich die G. während der Fahrt gegen die unverschlossene Kuppel gelehnt, ist dabei aus dem fahrenden Zug herausgestürzt und unter den Rädern zermalmt worden. Die Leiche wird heute nach Berlin übergeführt werden.

Vom Hitzschlag getroffen wurde am Sonntagabendnachmittag die 48 Jahre alte Zimmervermieterin Emilie Schöning geborene Schäme aus der Lübeder Str. 40. Beim Teppichklopfen brach sie plötzlich auf dem Hofe bewußtlos zusammen. Ein Arzt, den Hausbesitzer herbeiholten, konnte nur noch den Tod der Frau durch Hitzschlag feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein aufregender Vorgang hat sich gestern vormittag in der Artilleriestraße abgespielt. An der Kreuzung der Oranienburger Straße schaute ein Droschkenpferd und ging durch. Das Tier raste in wildem Galopp die Artilleriestraße dahin und schleuderte die Droschke mehrere Male gegen Laternenpfähle. Der Kutscher wurde bei dem Anprall vom Dach geschleudert und erlitt beim Aufschlagen auf das Pflaster nicht unerhebliche Quetschungen und Gesichtverletzungen. Erst durch einen Schuhmann, der beherzt dem Ausreißer entgegentrat, konnte das Gefährt zum Halten gebracht und weiteres Unheil verhütet werden.

Ein sehr gefährlicher Brand kam am Sonntagabend in einer Holzbearbeitungsfabrik in der Müdersdorfer Straße 20 zum Ausbruch. Zum Glück wurde die Gefahr für die dortigen Wäckerfabriken gleich bemerkt und die Feuerwehr schnell alarmiert. Als diese erschienen, brannten dort Späne im Erhaupst, die Schalbeden, das Kesselhaus und Holzger. Es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern.

Ferner hatte die Feuerwehr mehrere Kretzlohlenbrände aus dem Güterbahnhof und anderen Stellen zu löschen. Wöswilligerweise wurde die Wehr nach der Melanchthonstraße 20 und Treißestraße 88 alarmiert. Die Täter sind unerkannt entkommen. Wegen einer Gadergiftung wurden Samariter nach der Marxlini-straße 18 entsandt.

Wegen Pflasterarbeiten sind bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt: 1. die Postenstraße von dem Marktheideplatz bis zur Eichenaustraße, 2. die Neue Königstraße von der Alexander- bis zur Neuen Schützenstraße, 3. die Katharinenstraße zwischen der Georgen- und Landwehrstraße.

Beim Massenauflauf der Arbeiterjugend am Sonntag, den 21. d. M., sind gefunden worden: Ein Damenstaubmantel, ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Schwefel. Als verloren wurde eine Gürtelweste mit Uhr und Kette gemeldet. Interessenten wollen sich in der Zeit von 6-8 Uhr abends am Erich Mübe, N. 58, Grefen- hagenener Str. 77, wenden.

Radrennen auf der Olympia-Bahn. Sonntag, 21. Juli. Ein sehr geschickt zusammengesehenes Programm hatte die Zuschauer in großen Scharen nach der Bahn hinausgelockt; der gebotene Sport entschädigte für die mühselige Wanderung auf der staubigen Zugangstraße. Der „Große Sommerpreis“, in zwei Läufen über 20 Kilometer und 1 Stunde, sah Gnilla, Janke, Miquel, Saldow und Walthour am Start. Die beiden Ausländer sichern sich die Spitze, Janke hat schlechten Start und kommt langsam in Schwung. Gnilla fuhr sehr achtsam, während Saldow als Halbwindkavalier mit verbundenem Arm als Statist fährt. Miquel geht als Sieger hervor; Walthour wird Zweiter vor Janke, Gnilla und Saldow. Im zweiten Lauf über 1 Stunde düht Janke durch schlechten Start fast eine Runde gegen den sehr schnell fahrenden Walthour ein, doch gelingt es dem Amerikaner nicht, dem Berliner eine Runde zu nehmen. Der Franzose Miquel macht Jagd auf Walthour, plötzlich läßt er seinen Motor los und fällt auf den letzten Platz, den er später an Saldow abtritt. Die anderen drei Teilnehmer sind sich ebenbürtig. Ein jeder unternimmt Angriffe und nähert sich seinem Gegner recht bedrohlich, doch kommt es zu keinem Kampf, da der Vordermann jedesmal schneller wird und davonläuft. Ein hartnäckiger Kampf entbrennt in der 30. Minute; alle vier Fahrer sind dicht zusammen, Miquel bringt auf Janke ein und Gnilla auf Walthour. Der Franzose schwimmt in der 41. Minute und die 47. Minute bringt die Entscheidung; Walthour, von Gnilla hart bedrängt, muß das Rad wechseln und im gleichen Augenblick stürzt Gnilla, ohne indes ernstlichen Schaden zu nehmen. Nun hat Janke freie Bahn, zwar muß er den Amerikaner noch einmal vorbeilassen, doch der zweiten Ueberwindung entgeht er sich mit äußerster Kraftanstrengung. Janke siegt mit 77,110 Kilometer, vor Walthour, Miquel und Saldow, doch erntet er auf seiner Ehrenrunde wenig Beifall. — Ein Jurak in alte Zeiten bildete das Halbbauerfahren über 50 Kilometer mit Tandemführung. Es starteten Appelhaus, Lorenz, Seigneur und B. Rütt. Letzterer konnte hier seine glänzende Ueberlegenheit zeigen. Er nahm allen Gegner eine Runde; Lorenz enttäuschte, er war das erste Opfer Müts und gab später auf. Seigneur hielt sich anfangs gut, mußte dann aber Appelhaus vorbeilassen und der Franzose büßte zum Schluß noch eine zweite Runde ein. Der Endkampf war schön. Seigneur überstürzte Rütt, doch dieser folgt und in der Einlaufrunde geht er mit mächtigem Antritt vor den Franzosen und erntet stürmischen Beifall. — Das Haupt-fahren für Flieger gewann Schürmann vor Hoffmann, Peter und Padebusch. Ein Tandem-Verfolgungrennen gab Rudela-Wegener Gelegenheit, einen schönen Sieg vor Aschoff-Sonntag, Süßmich-Padebusch, Teckmer-Peter und Timm-Schlert zu feiern.

Vermißt. Der Arbeiter Bernhard L ä h r, Blankenfeldestraße 5 wohnhaft, wird seit Montag, den 15. Juli, vermißt. Er ist an genauem Tage wie gewöhnlich frühmorgens von Hause weggegangen und seitdem nicht wieder gesehen worden. Da er weder Papiere, Uhr, noch größere Vermittel bei sich trug, wird damit gerechnet, daß ihm irgend ein Leid zugestoßen ist. Der Vermißte ist ungefähr 1,90 Meter groß, hat dunkelblondes volles Haar und eben solchen Schnurr- und Spitzbart; bekleidet war er mit dunkel-gestreiftem Jodettanzug, Umgekleidet und lila Krawatte. Die Wäsche ist mit „V. E.“ gezeichnet. Jemand welche Auskunft über den Verbleib erbittet die Besorgte Gattin Frau L ä h r, Blankenfelde-straße 5.

Vorort-Nachrichten.

Tempelhof.

Den Bericht des Vorstandes erstattete in der Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Ewald. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit 1. Januar um 84 erhöht und beträgt gegenwärtig 545 (480 männliche und 65 weibliche). „Vorwärts“-Leser sind 758 am Orte. An Versammlungen fanden 7 öffentliche und 8 Mitgliederversammlungen statt, außerdem gelangten 10 verschiedene Flugblätter zur Verteilung. Der vom Genossen Riehn erstattete Kassenbericht weist eine Einnahme von 533,12 M. und eine Ausgabe von 511,05 M. auf, sodass ein Bestand von 42,07 M. verbleibt.

Der Kreisgeneralversammlung sollen folgende Anträge unterbreitet werden: Zum Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands: „Wahlkreise bis zu 4000 Mitglieder entfallen 1, von 4000 bis 8000 Mitglieder 2 und über 8000 Mitglieder 3 Delegationen.“ „Der Mindestbeitrag beträgt monatlich 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder.“ Dem § 23 soll als 4. Absatz hinzugefügt werden: „Entzieht sich ein Angehöriger einem gegen ihn einzuleitenden Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so ist das gleichbedeutend mit seinem Ausschluss.“ Außerdem wurde eine vorgelegte Resolution angenommen, die den Beschluss des Leipziger Parteitages, den Schnapshofkott betreffend, aufs neue bekräftigt.

Zum Organisationsstatut von Groß-Berlin: „Auf je 150 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden.“ § 18 soll bleiben wie früher, und zwar: 2. Absatz 3. Zeile soll lauten: „Der spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung usw.“ Ein weiterer Antrag, der zur Annahme gelangte, lautet: „Bei Arbeitslosigkeit ist der „Vorwärts“ nach der 4. Woche gratis und bestellgeldfrei ins Haus zu liefern.“ Ferner wurde beschlossen, bei dem Vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin und der Berliner Gewerkschaftskommission zu beantragen, daß in einer gemeinschaftlichen Sitzung erneut Stellung genommen wird zur Festlegung der der Partei und den Gewerkschaften zustehenden Versammlungs- resp. Sitzungstage. Den Bezirksführern wurden für jeden Jahrladen 50 Pf. Entschädigung gewährt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Ewald, erster, Argang, zweiter Vorsitzender; Riehn, Kassierer; Tieske, Schriftführer; Frau Lange, Beisitzerin. Zu Revisoren wurden gewählt: Buhle, Klingberg, Sippli. Die Lokalkommission bilden die Genossen Bierack und Joffran. Als Delegierter zum Parteitag soll Genosse Ewald in Vorhlag gebracht werden.

Mariendorf.

Der nächste Ferienausflug findet Donnerstag, den 25. Juli, statt. Treffpunkt: Gemeinde-Spielplatz, Ringstraße, mittags um 1 Uhr. Ziel: Grünwald, Wannsee. Fahrpreis hin und zurück 20 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte. Mundvorrat und Badzeug ist mitzubringen.

Britz-Dudow.

In der letzten Generalversammlung gab Genosse Kapke den Jahresbericht und führte aus, daß das verfloffene Jahr ein arbeitsreiches gewesen ist. Die Reichstags- und zwei Gemeindevahlen hatten alle Kräfte voll in Anspruch genommen und dank der tatkräftigen Mitwirkung unserer Genossen war der Erfolg ein zufriedenstellender. Durch Belehrung in Wort und Schrift war den Mitgliedern Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu erweitern. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 520 (485 männliche, 35 weibliche). Der „Vorwärts“ hat gegenwärtig 692, die „Gleichheit“ 17 und die „Arbeiterjugend“ 29 Abonnenten. Darauf gab Genosse Ahrens den Kassenbericht, der leider keine allzu günstigen Resultate aufwies und mit einem Defizit abschließt. Den Einnahmen von 516,60 M. standen an Ausgaben 587,87 M. gegenüber. Den Bericht der Bibliothekkommission erstattete Genosse Braun. In der Diskussion wurde darüber klage geführt, daß von der letzten Volkshochschule, in der Gen. Hoffmann über „Glaube und Vernunft“ referierte, kein Bericht im „Vorwärts“ erschienen sei. Die bürgerlichen Blätter schlachteten die Sache aus, indem sie behaupteten, nur weil ein Pfarrer sich an der Diskussion beteiligte, habe der „Vorwärts“ absichtlich keinen Bericht gebracht. Der Vorsitzende gab bekannt, daß lediglich infolge eines Mißverständnisses der örtlichen Schriftführer die Veröffentlichung dieses Berichtes unterblieben sei. Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender Kapke, 2. Vorsitzender Tieske, Kassierer Ahrens, Schriftführer Ruprecht, Beisitzer Frau Ahrens, Revisoren: A. Friedrich, G. Dunkel, Reimann. Als Kreisrevisor wurde Gen. Weinmann vorgeschlagen. Bildungsausschuss: E. Günther, A. Händel, E. Schmidt, F. Matt, R. Suder, P. Weigner, W. Braun. Bibliothekkommission: G. Schüge, M. Braun, R. Foltyniack, S. Schaumburg. Lokalkommission: J. Arens, P. Ernst, M. Neumann. Kinderschuttkommission: Frau A. Schüge. Erweiterung der preussischen Staatsangehörigkeit: Karl Harimann, Germania-Promenade 20. Jugendausschuss: J. Arens, Frau Wileki, G. Engelmann. Zum Parteitagsdelegierten wurde Genosse A. Brenzlow vorgeschlagen. Dem Vorschlag des Vorstandes, den Ort in neun statt sieben Bezirke einzuteilen, wurde zugestimmt. Wegen vorgerückter Zeit wurden die Berichte der Gemeindevertreter sowie einiger Kommissionen zur nächsten Vereinsversammlung vertagt. Zum Schluss machte der Vorsitzende noch auf die am Sonntag, den 28. Juli, stattfindende öffentliche Versammlung (unter freiem Himmel) in Dudow aufmerksam.

Röpenitz.

Die Mißhandlungen der acht Jahre alten Gertrud Wand, über die wir in unserer Sonntagsnummer berichteten, sind noch viel brutaler, als anfangs angenommen wurde. Das ganze Leben des bedauernswerten Kindes ist ein eisigkaltes Martyrium gewesen, und den letzten fünf Geschwistern, die ein Alter von einem bis zu zehn Jahren haben, scheint es nicht viel besser gegangen zu sein. Der unmenschliche Vater trat früher nebst seiner Frau als Artist in Varietés auf und wohnte mehrere Jahre in Grünau. Da die Mutter sich anscheinend wenig um die Erziehung der Kinder kümmern konnte, waren diese sich selbst überlassen. War der Vater zu Hause, so machte er allerlei Versuche, die Kinder schon vom frühesten Alter an zu Artisten auszubilden, wobei der Stock die Hauptrolle spielte zu haben scheint. Ohne Stricken, Wunden

und Beulen, die von entsetzlichen Mißhandlungen Zeugnis ablegten, will man die armen Kinder selten gesehen haben. Dabei sollen die Kinder öfter Hunger gelitten haben, so daß sich die Nachbarn-leute ihrer erbarmten.

Auf der Polizeiwache gab Wand zu, seine achtfährige Gertrud oft geschlagen zu haben, als Grund gab er Verlogenheit und die Ausführung seiner Diebstähle durch das Kind an. W. gibt an, das Kind nur mit einem Riemen geschlagen zu haben, dieses aber behauptet, daß der Vater es nicht nur mit einem Schrubber, sondern überhaupt mit allem geschlagen habe, was er gerade zur Hand hatte. Auch habe er es gegen die Wand geworfen. Wand wurde in Haft gehalten und dem Amtsgericht zugeführt, während das völlig erschöpfte Kind im Krankenhause Aufnahme fand.

Ein gemeinschaftlicher Ferienausflug findet Donnerstag, den 25. Juli, nach dem Lokal des Genossen Pönisch in Wilhelmshof, Hirschgartenstr. 1, statt. Genossin L. Haase wird daselbst einen Vortrag mit Vorführung halten wie wir unsere Kinder leiden sollen. Abmarsch nachmittags 2 Uhr, vom Schloßplatz.

Nowawes.

Die Kinderschuttkommission hatte in der Berichtszeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 eine rege Tätigkeit entwickelt und ihrem Namen volle Ehre angetan. Durch ihre öfteres Handinhandarbeiten mit dem Waisenrat war es möglich, viel zum Schutze der Kinder zu tun, mag es sich um Fälle körperlicher Ausbeutung oder um Vernachlässigung der Erziehung gehandelt haben. Bedauerlich bleibt nur, daß sie infolge Fehlens jeglicher Machtbefugnis sich lediglich darauf beschränken muß, die ihr zur Kenntnis gelangten Fälle zu prüfen und sich bezüglich der notwendigen Abhilfe an die von der Gemeinde mit der Armen- und Waisenpflege betrauten Organe zu wenden. Hoffentlich bleibt das gute Verhältnis zwischen der Kommission und den amtlichen Organen auch weiterhin bestehen, denn nur dann wird es möglich sein, auf dem Gebiete des Kinderschutzes etwas Erprobliches zu leisten. Notwendig ist es auch, daß die organisierte Arbeiterkraft, besonders die Frauen, der Kinderschuttkommission die nötige Unterstützung bieten und sie auf Fälle aufmerksam machen, in denen ihr Eingreifen ratsam erscheint.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Rechtsanwältinnen in Italien.

Die einzige Tochter des bekannten Marxistin Antonio Labriola hat soeben in Rom ihre Eintragung in die Liste der ausübenden Rechtsanwältinnen durchgesetzt. Teresa Labriola liebt schon seit längerem Jahren an der römischen Universität über Rechtsphilosophie und ist die dritte Frau, die in diesem Jahre in Italien zur Ausübung der Advokatur ermächtigt wurde. Vor fast dreißig Jahren hatte ein Fräulein Lydia Boet von der Rechtsanwaltskammer von Turin dieselbe Autorisation erhalten, aber das Appellationsgericht und dann der Kassationshof annullierten diesen Beschluß mit der Begründung, daß sich die Ausübung der Advokatur nicht mit der Zurückhaltung und dem Schamgefühl, die dem weiblichen Geschlechte anstehen, vertrügen. In der Begründung hieß es weiter, daß der Ernst der Justiz darunter leiden würde, wenn die Toga des Rechtsanwalts über den eigenartigen Kostümen getragen würde, die die Mode den Frauen vorschreibt und die Sammettoque auf die merkwürdigsten Fezuren gesetzt würde. Schließlich fand man auch, daß der Niedrstand noch mehr als jezt angegriffen und verdächtigt werden würde, wenn erst der Anwalt aufkommen könnte, daß die weiblichen Reize eines Verteidigers zugunsten ihres Klienten ins Gewicht fallen würden. Ganz so gefährlich scheint man diese Eventualitäten heute doch nicht mehr zu finden.

Lesende.

Britz-Dudow. Mittwoch, 24. Juli, 1/2 Uhr, bei Behäta, Bürgerstraße 4. Vortrag der Genossin M. Demming über: „Die sozialistische Erziehung des Kindes im Hause.“
Nieder-Schöneweide. Heute Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Bengsch, Britzer Straße 17.

Aus aller Welt.

Zur Mordaffäre Rosenthal.

Aus New York wird gemeldet: Der Chauffeur Shapiro, der Lenker des Mordautomobils, wurde noch einmal eingehend verhört, wobei er vor dem Untersuchungsrichter genaue Angaben über das Verbrechen machte. Die Aussagen des Chauffeurs beweisen, daß der Mord von langer Hand vorbereitet war. Der mit der Leitung der Untersuchung beauftragte Staatsanwalt Whiteman sowie der Detektiv Burns sind jezt im Besitz familiärer Namen der an dem Verbrechen beteiligten Personen. Die Kriminalpolizei arbeitet Tag und Nacht, um der Mörder habhaft zu werden. Unter den Gefangenen befinden sich Whiten Lewen, der „blinde Jod“, Jod Zeeling, ferner Löb, der „Linkshänder“, und Harry Horwitz, alles Personen, die in der Spielwelt gut bekannt und zum Teil auch gefährdet sind. Shapiro erklärte gestern, daß die Mörder den Mord mit der größten Ruhe ausgeführt hätten, da sie wußten, daß die Polizei sie entkommen lassen würde. In der Zelle des Untersuchungsgefängnisses, in der Shapiro und der verhaftete Spieler Rose gemeinsam untergebracht sind, ist den Gefangenen unsichtbar, ein Phonograph aufgestellt worden, der ihre Unterhaltung aufnimmt und vor dem Staatsanwalt wiedergibt. Auf diese Weise sollen für den weiteren Gang der Untersuchung schon wichtige Tatsachen verraten worden sein.

Eine weitere Meldung lautet: Den Vermisungen der Privatdetektivs, die im Auftrage Wismans die Spur der Mörder Rosenthals verfolgen, ist es gelungen, mehrere wichtige Verhaftungen vorzunehmen. Sie haben zwei gewerbemäßige Spieler namens Weber und Paul verhaftet, gegen die der Staatsanwalt sofortige Anklage wegen Mordes erhoben hat, da sie Insassen des Automobils waren, aus dem auf Rosenthal geschossen wurde. Ferner wurde der

Bekannte irische Lammhanppolitiker Sullivan wegen Beihilfe an dem Mord in Haft genommen.

Lebt Kapitän Smith von der „Titanic“?

Aus New York kommt folgende Sensationsnachricht: Kapitän Peter Orhal, einer der ältesten amerikanischen Seeleute aus Baltimore, der sich in Seemannskreisen eines sehr guten Rufes erfreut und mit dem Kapitän Smith von der untergegangenen „Titanic“ zusammen auf der „Majestic“ Dienst getan hat, machte gestern den Polizeibehörden die gewiß aufsehenerregende Mitteilung, daß er am letzten Freitag den Kapitän Smith in Baltimore in der St. Pauls Street gesehen und gesprochen habe. Der totegelebte Kapitän soll es sehr eilig gehabt und ein Billett nach Washington gelöst haben. Immerhin bleibt abzuwarten, ob es sich hier nicht um einen Scherz des Kapitäns Orhal handelt oder ob der brave Seemann nicht vielleicht etwas zu tief ins Glas gesehen hat.

Durch Explosion eines „Blindgängers“

verunglückte in Königsbrück der von Pittau nach Königsbrück abkommandierte Infanterist Heinrichs aus Neudölln. Er erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er sofort die Bestimmung verlor und nach mehreren Stunden verstarb.

Auf der schwäbischen Eisenbahn.

Vor einigen Monaten wurde die neu erbaute Nebenbahn Göppingen-Gmünd in Württemberg dem Verkehr übergeben. Das Bähnchen durchquert eine idyllische Gegend, deren Bewohner von der modernen Großstadtkultur noch wenig angekränkt sind. Das neue Beförderungsmittel gefällte ihnen aber gar sehr. Der Stationsvorsteher, Fahrkartenverläufer und Inhaber sonstiger Bahnwürden auf der Station Virenbach ist eine Respektsperson, die gleich nach dem Herrn Pfarrer und noch vor dem Herrn Schultes (Bürgermeister) kommt. Kürzlich probierten ein paar Bauern mit ihren „Beseren“, zum Teil auch gewichtigeren Häften das neue Verkehrsmittel. Mit geheimem Glauben vertrauten sie ihren Leib dem Zügle und ihre Seele Gott an. In „rasender“ Fahrt ging es der Station Virenbach zu. Hinter Virenbach hat das Zügle eine starke Steigung zu überwinden. Mit vielem Geiz und Geißeln suchte das Lokomotiv die gewichtige Last über den Berg zu bringen. Das war ein schweres Stück Arbeit! Langsam und immer langsamer ging es, bis daß es fast gar nicht mehr ging. Den Bauern und ihren weisheitsreichen Besponsinnern tat das leuchtende und höhnende Lokomotivbitter leid. Nach etlichen aufmunternden Rippenstößen seitens der Weiber klatterten die Männer aus dem Wagen und setzten die breiten Schultern an die Rückwand und Buffer des letzten Wagens. Wer keinen Platz mehr fand, schob den Vordermann dort, wo der Rücken seinen ehrlichen Namen verliert. Und siehe da, nun ging es! Als die Höhe glücklich erreicht war, klatterten alle frohgemut und schweißtriefend wieder in den Wagen, die Lokomotive setzte sich in Galopp und hollertipolterte ging es der nächsten Station zu. Dort wartete aber der gutmütigen Zuschauers eine unangenehme Ueberraschung. Rann für Mann wurden sie aufgeschrien und später mit einem Strafmandat von je sechs Mark bedacht. Undank ist der Welt Lohn! Auch auf der schwäbischen Eisenbahn!

Kleine Notizen.

Jugentgleisung. Am Sonntagmorgen ist infolge zu frühzeitiger Freigabe der Strecke der Personenzug 816 auf den infolge eines Bremsleitungsbruches in Kilometer 113,3 der Strecke Erfurt-Neudietendorf haltenden Güterzug 6092 bei stärkerem Nebel aufgefunden und mit der Lokomotive, dem Packwagen und einem Wagen vierter Klasse entgleist. Der Heizer des Personenzuges wurde leicht, der Schlupfbremser des Güterzuges an Kopf, Arm und Bein schwer, Reisende nicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht sehr erheblich.

Schwerer Bootsanfall. Auf dem Linsee bei Schwetkau (Provinz Posen) kenterte ein Kahn mit drei jungen Landwirtschaftslehren. Zwei der jungen Leute ertranken vor den Augen ihrer Eltern; der dritte konnte mit vieler Mühe gerettet werden.

Zwei Personen beim Kentern eines Marinebootes ertranken. Marinezahnmeister von Thunen und Intendantursekretär Bielle sind gestern abend 11 Uhr beim Kentern einer Jolle des Linien Schiffes „Thüringen“ bei Danzig ertrunken.

Schneefälle in der Schweiz. Infolge eines für diese Jahreszeit unerhörten Wettersturzes sind die Appenzeller Berge mit vielem Schnee bedeckt. Die Gänge sind angefroren. Auch aus St. Moritz wird vom 22. Juli gemeldet: Vergangene Nacht fiel reichlich Schnee, so daß die Gegend als Winterlandschaft erscheint.

Ein hüftiges Drama spielte sich in der Gemeinde Rajano in den Abruzzen ab. Ein Einwohner dieses Dorfes war plötzlich irrsinnig geworden und erschog, nachdem er seine Familie fürchtbar mißhandelt hatte, mit einem Revolver seinen Bruder und seine Schwiegermutter. Dann raste der Wahnsinnige nach dem Nachbardorfe, wo er seinen Vater mit einer Revolverkugel niederstreckte. Die von den Einwohnern Rajanos sofort alarmierte Polizei verfolgte den Mörder, der auf die Polizisten noch mehrere Schüsse abgab. Schließlich gelang es der Polizei, ihn zu umzingeln, doch verwundete er noch mit seiner letzten Kugel einen Polizisten, welcher ihn darauf mit seinem Dienstrevolver niederschloß.

Eingegangene Druckschriften.

Geschichte einer Bombe. Von Andreas Strug. 380 Seiten. Verlag von Georg Müller, München.
Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1913. Verlag der Hamburger Buchhandlung und Verlagsanstalt Ruer u. Co. Zu beziehen durch J. H. B. Diez, Stuttgart. 40 Pf.
Das Vereinigungsrecht und die Gewerkschaften. Von Rechtsanwält Dr. S. Weinberg. 20 Pf. Handlungsbücherei-Verlag, Berlin.
Der Arbeitsvertrag des gewerblichen Arbeiters und der Betriebsbedienten. Von H. Kollnat. 69 Seiten. „Schwäbische Tagwacht“, Stuttgart.
Albert Bonniers 30 Pfennig-Bücherei. Bd. 7. Polybis Gefflein. Von S. Ringenruber. — Bd. 8. Familienkinn. Von Marie Bernhard. A. Bonnier, Leipzig.

Manoli
Cigarettes
Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Stoffe
für elegante Maßanzüge, Paletots, Uister etc. Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M.
Damen - Kostümstoffe, Damenucho „Neuhäuten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M.
Loden f. Pelzerinnen Mtr. 1.00, 2.50 M.
Schneidemeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nobet Zutat ca. 20 bis 30 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirche.

R. Voigts Krampenburg
vis-à-vis Schmöckwitz.
Täglich: Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz- und Waisenbrücke. 37922*

Land u. Wald am gr. Storkower See mit eigenen Bootsstellen
OR von 7 M. an.
Terrängesellisch am Storkow- und Scharnitzsee m. b. H., Berlin C. 7, Burg-Strasse 30.

Kurprinz. 3 Plg. Fürsten. 4. Welt-Macht 5. Aero-Klub 6. Stück 2 Pl.